

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inverate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 112.

Freitag, den 15. Mai 1914.

21. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Eine Reichstagsersatzwahl.

Im zweiten altmärkischen Wahlkreise Stendal-Osterburg muß am heutigen Freitag eine Neuwahl stattfinden, nachdem der Reichstag das Mandat des konservativen Agrariers Hoeßch wegen amtlicher Wahlbeeinflussungen fassiert hat.

Der Wahlkreis ist lange Jahre fast unbestrittenes Besitztum der Konservativen gewesen. Nur in einer Wahlperiode, nämlich von 1874 bis 1877, hat ein Nationalliberaler den Kreis vertreten, sonst ist aber der konservative Kandidat regelmäßig im ersten Wahlgang gewählt worden, bis bei den Hurrawahlen von 1907 der Nationalliberale Fuhrmann — er gebärdete sich damals allerdings noch sehr „jugendlich“ — mit ihm in die Stichwahl kam und dann gewählt wurde. Aber schon 1912 holte der Agrarier den Kreis zurück. Er erzielte 10 512 Stimmen, während der Nationalliberale nur 8621 zählte und die sozialdemokratische Stimmenzahl von 5803 auf 7434 emporstiegen. Für die Stichwahl proklamierten unsere Genossen Stimmenthaltung, da Fuhrmann unseren Stichwahlforderungen gegenüber nur denkbar schroffste Ablehnung zeigte. So siegte der Konservative, allerdings unter Anwendung schlimmster amtlicher Wahlbeeinflussung und des mit Hochdruck betriebenen agrarischen Terrorismus.

Seht hoffen die Nationalliberalen mit Hilfe des Bauernbundes den Kreis wieder zu gewinnen. Sie haben dem Konservativen Hoeßch den Bauernbundesführer Wachhorst de Wente gegenübergestellt, der mit seinem Stab von Bauernbundsagitatoren den Kreis bereist und besonders in dem Abg. Dr. Böhme einen eifrigen Werber besitzt, der bekanntlich im Nachbarkreise Satzweidel-Gardelegen mit seinem Aufgebot der Bauern gegen die Junker Erfolg hatte. Die Konservativen, die um ihren Einfluß fürchten, sehen dem Stab der Bauernbündler einen ganzen Heerban von Agitatoren des Bundes der Landwirte entgegen. Diese „bezahlten Agenten“ entwickeln nun eine wahre Leidenschaft in gegenseitiger Bekämpfung und immer lauter werden die Klagen der Nationalliberalen über die konservative Vergewaltigungspolitik. Nicht allein, daß man von vornherein dem bauernbündlerisch-nationalliberalen Kandidaten in jeder seiner Versammlungen drei abgestempelte landwirtschaftliche Dauerreden zum „Diskutieren“ nachschickte, man treibt auch eifrig gegen die Blockbrüder von ehemals das so beliebte wie billige Saalabtreiben. Wo das aber nicht genügt, geht man zu schrofferen Kampfmitteln aus dem agrarischen Arsenal über. So wehlagten die liberalen Blätter über eine dörflische Versammlung, in der ihre Abgeordneten sprechen sollten, aber das Vereinszimmer besetzt fanden. Dort hatten etwa 25 konservative Bauern unter Führung ihrer landwirtschaftlichen Vertrauensleute Platz genommen und vollführten einen Höllenlärm, während der liberale Bauernbündler im Gastzimmer vergeblich sich verständlich zu machen suchte. Schließlich vergnügten sich die Wächter von Bildung und Sitte in einem andern Dorfe: Dort hatte man den Liberalen den Saal weggemietet, und als ihr Redner Dr. Böhme erschien, mußte er versuchen, im Gastzimmer zu reden. Als bald aber begannen die Konservativen in Saal eine lärmende Regelpartie und gleichzeitig ließen sie für ihr gutes Geld draußen unter den Fenstern des Gastzimmers die Orgel eines Karussells drehen. Da aber auch diese Gewalttätigkeit der Bauernbündler nicht veranlaßte, auf seine Rede zu verzichten, so wirkten sie schließlich direkt auf den Wirt ein, bis er die Weiterführung der Versammlung im Gastzimmer verbot.

Mit solchen Heldentaten rühmt sich die konservative Presse des Wahlkreises, ebenso wie sie die Bauernbündler von Hiesau verherrlichte, die ein paar harmlose Ausflügler, die man irrtümlich für sozialdemokratische Flugblattverbreiter hielt, auf das roheste überfielen und mißhandelten.

Politisch stehen die Auseinandersetzungen der bürgerlichen Parteien auf ähnlich niedrigem Niveau: Beide Kandidaten sind Schuzöllner; ihre ganze Auseinandersetzung läuft nur darauf hinaus, wer in bezug auf den Zollwucher „zuverlässiger“ als der andere sei. Wachhorst de Wente wehrt sich mit Händen und Füßen gegen den Vorwurf, als ob er etwa die Zölle herabzumindern beabsichtige, und je mehr die konservativen Abgeordneten ihm zuhören, desto heftiger wird sein Sträuben. Er erklärt sich auch bereits für die Neueinführung eines Rahmzolls und ist auch zu weiteren Konzessionen an die agrarische Front bereit.

Die Interessen der städtischen Konsumenten scheinen bei diesem Streit ganz ausgeschaltet zu sein. Das ist bei den Konservativen begreiflich; denn von ihren 10 512

Stimmen, die sie bei der letzten Wahl musterten, stammen nicht weniger als 8861, also mehr als fünf Sechstel der gesamten Stimmenzahl, vom platten Lande, das heißt aus Ortschaften unter 2000 Einwohnern. Die Nationalliberalen hingegen erzielten in den Ortschaften mit über 2000 Einwohnern 5320 und auf den Dörfern nur 3101 Stimmen. Daß auch sie die Interessen der städtischen Bevölkerung so ganz vernachlässigen, nähme einigermassen wunder, wenn sie nicht auf den antiagrarischen Sinn der Städter ohnehin rechnen zu können glaubten. Inwieweit sie sich hierin irren, wird der Wahltag selbst zeigen müssen.

Vergegenwärtigt man sich die Schwierigkeiten, die schon den Nationalliberalen in diesem Kreise bereitet werden, so wird man verstehen, daß die Sozialdemokratie einen ganz besonders schweren Stand hat. In der einzigen Mittelstadt des Kreises, das ist Stendal mit 27 000 Einwohnern, hatten wir 1912 wohl 2296 Stimmen, aber der dominierende Einfluß der Eisenbahnwerkstätte und der Beamtenerschaft bewirkte es, daß der Nationalliberale noch rund 620 Stimmen in der Stadt mehr erhielt. Stendal und Tangermünde, wo wir bei 14 000 Einwohnern mit 1575 gegen 956 nationalliberale und 194 konservative Stimmen weitaus an der Spitze marschierten, sind die beiden einzigen Orte, wo wir Säle zur Verfügung haben. Im übrigen aber muß sich unsere Veranlassungstätigkeit nur unter freiem Himmel abwickeln, so weit nicht ein Wahlzelt notdürftig gegen Unwetter Schutz gewährt.

Gegenüber dem niedrigen persönlichen Streit, den die Zöllner unter sich ausfechten, hat die Sozialdemokratie in aller Schärfe die ganze Schuzöllpolitik angegriffen und in Schrift und Bild die Volkseindlichkeit der beiden bürgerlichen Parteien rücksichtslos aufgedeckt. Unsere Versammlungen waren überraschend gut besucht, so daß zu hoffen steht, daß unsere Stimmenzahl gehalten, wenn nicht vermehrt werden kann.

Die deutsche Auslandspolitik.

Die Tage, an denen der Reichstag den Etat des Auswärtigen Amtes berät, gelten allgemein als Tage der Sensationen, und der Reichstag versammelt dann im Haus, auf den Regierungsbänken und in den Tribünen zahlreiches Publikum. Vielleicht hat in diesem Jahre die Abwesenheit des Reichskanzlers — die alsbald nach dem Tode seiner Gattin angekündigt worden war — die Sensation etwas gemindert und den üblichen Juchrausch zu den Tribünen zurückgehalten. Immerhin war es ein gut besetztes Haus, vor dem der Staatssekretär des Äußeren, Herr v. Jagow, seine Darlegung der weltpolitischen Lage vortragen konnte. Aber Herrn v. Jagows Beredsamkeit kann man stillschweigend hinwegsehen: sie wäre ja auch zu einer guten Führung seines Amtes nicht notwendig und man würde sich keineswegs nach ihr sehnen, wenn wirklich der sachliche Inhalt seiner Auseinandersetzungen völlig befriedigen würde. Davon ist nun freilich nicht im mindesten die Rede. Genosse Wendel hatte durchaus recht, als er von diesen Erklärungen sagte, daß sie jedem Zeitungsleser alle Bekannte gewesen seien. In der Tat waren die konventionellen Worte über den Balkan, Albanien, das Zusammenwirken von Dreibund und Tripelente, die Verhandlungen wegen Kleinasien, Mexiko usw. alles andere, denn eine Offenbarung. In der ganzen Rede des Herrn v. Jagow war einzig das interessant und bemerkenswert, was er über den Gegensatz deutscher und russischer Chauvinisten mit besonderer Betonung sagte. Herr v. Jagow hätte sicherlich die russischen Nationalisten verurteilen können, ohne eine Verteidigung der Alldeutschen nötig zu haben. Und so sehr er sich auch gegen einen derartigen Vorwurf wahrte, den späterhin Herr Gothein gegen ihn erhob — seine Bemerkungen waren mindestens ein Plädoyer für die deutsche Hegepresse und die lebenswichtigen Komplimente an die Adresse der Wehrvereinsgenerale waren vollends deplaciert.

Genosse Wendel entwickelte die sozialdemokratische Anschauung von der deutschen Auslandspolitik. Seine Bemerkungen über die Balkankrise und über die Probleme, die die albanische Frage jetzt noch aufwirft, wirkten durch die tiefe Sachkenntnis ebenso sehr wie durch die Präzision der Darstellung. Die ganze Rede in allen ihren Teilen, ob es sich um die Stellung Deutschlands im Balkan, um das Verhältnis zu Österreich handelte, oder um die deutsch-englischen Beziehungen oder endlich um das große Problem: Deutschland und Frankreich, war geleitet und entscheidend bestimmt durch den starken Friedenswillen der Sozialdemokratie. Das war schon Grund genug, daß unser Redner mit aller Kraft gegen die Gemütslosigkeit der Kriegshege zu Felde zog, die in Deutschland ihr Unwesen treibt. Dabei fand er gegen die Leute mit dem „selbdenstfähigen Mundwerk“ auch manches wichtige Wort, das verständnisvolle Seltsamkeit weckte.

Gegenüber dieser Hege, die neuerdings den Vorwand der Bekämpfung der Fremdenlegion mit Eifer ergriffen hat, wandte sich Wendel mit aller Schärfe, und er führte in zwingender Logik die Tatsachen der jüngsten Geschichte an, die die Legende zerstören, von dem in Frankreich allmächtigen Chauvinismus. Der glänzende Wahlsieg unserer französischen Genossen war hier das gegebene und entscheidende Argument. Den Friedenswillen des französischen Volkes, der sich in diesen Wahlen in aller Klarheit offenbart hat, beantwortete er mit der starken Betonung der friedlichen Entschlossenheit des deutschen Volkes, und seine Ausführungen mündeten in die Forderung der Kulturgemeinschaft und Kultursolidarität der beiden Völker. Dem Frankreich der Arbeit und der Verständigung, das dem deutschen Volke zuruft: Es lebe Deutschland! antwortete Wendel durch den Ruf, der zugleich ein Programm ist: Vive la France!

Während unsere Genossen diesen Abschluß der Rede mit stürmischem Beifall begleiteten, waren die anderen Parteien zunächst etwas sassunglos, und erst nach einigen Augenblicken der Überlegung entschloß sich die Rechte, ihrer Verlegenheit durch künstliches Lachen ein Ende zu machen. Irgend einer, der enttäuscht war, rief „Pul!“

Das Zentrum zeigte auch in dieser Erörterung, wie richtig die Behauptung ist, daß neuerdings der Alerikalismus in allen Ländern auch zugleich die Partei des Chauvinismus ist. Herr Dr. Spahn lehnte in aller Deutlichkeit die Verständigung ab, die Genosse Wendel als das nächste Ziel sozialistischer Auslandspolitik bezeichnet hatte. Der nationalliberale Prinz Schönau-Carolath hat vielleicht noch immer einige Neigungen zur Versöhnung unter den Völkern, aber bedauerlicherweise scheint er die Zeitereignisse nur aus größerem Abstand zu verfolgen. So allein kann man es verstehen, daß er in offener Unkenntnis der französischen Wahlen wieder und wieder von der großen Bedeutung des Chauvinismus jenseits der Vogesen sprach. Daß seine verständige Politik eine Politik der Verständigen ist, war der leitende Gedanke in der Rede des Fortschrittlers Gothein, während Herr Dr. Vertel und sein Nachbar Schulz die alten durch keine Sachkenntnis belasteten Bemerkungen über die ewige Notwendigkeit der Rüstungen machten, die das Militärwesen verstärken, das in Deutschland gegen die Westmächte vorhanden ist. Herrn Dr. Vertel passierte dabei ein unangenehmes Mißgeschick: ein „Legionär“, der 14 Tage lang von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt worden sei, entpuppte sich in einer kurzen und in ihrer Sachlichkeit recht erfreulichen Erklärung des Unterstaatssekretärs Zimmermann als ein wegen Diebstahls verfolgter deutscher Untertan, der im üblichen Auslieferungsverfahren nach Deutschland gebracht werde. Nach einigen gleichgültigen Bemerkungen des Herrn Mumm wurde die weitere Beratung auf Freitag verlagert.

Abg. Erzberger als Sammelpolitiker.

Der betriebsame Zentrumsabgeordnete Erzberger, der bei den eben beendeten Militärdebatten in höchst aufdringlicher Weise den freiwilligen Regierungskommissar gespielt hat, bläst im Eherischen „Tag“ zur Sammlung der bürgerlichen Parteien. Die Ueberwältigung der Sozialdemokratie bezeichnet er als das große Problem, das seiner Lösung harret und das nach seiner festen Ueberzeugung nur gelöst werden kann, wenn die bürgerlichen Parteien sich zusammenschließen. Die „fortschrittliche Volkspartei“ nimmt er von diesem Bündnis aus, weil sie sich als „erfolgreicher Bahnbrecher für die rote Flut“ erwiesen habe. Im Hause des Geheimen soll man nicht vom Strick reden. Keine Partei ist strupeloser im Abschluß von Wahlbündnissen, als wie gerade das Zentrum. Wenn es nicht anders geht, dann packiert das Zentrum auch mit der Sozialdemokratie. Der Wahlkampf von 1906/07 richtete seine Spitze gegen Zentrum und Sozialdemokratie. Sofort nach den Hauptwahlen trat der Zentrumsabgeordnete Müller-Julda mit unserem verstorbenen Genossen Singer in Verbindung, um ein gemeinsames Vorgehen bei den Stichwahlen zu erzielen. An dokumentarischen Beweisen dafür fehlt es nicht, denn die Briefe sind seinerzeit veröffentlicht worden. Und wie war es denn bei dem Wahlbündnis in Bayern? Nicht etwa ein armjeliger Kaplan, sondern der heutige Erzbischof von München und demnächstige Kardinal Dr. Bettinger hat damals den Sozialdemokraten die Hand zum Bündnis gereicht. Und nicht etwa in einem obskuren Wirtshaus wurde der Pakt geschlossen, sondern an geweihter Stelle, in der Krypte des Doms zu Speyer. Was will es angesichts dieser unbestreitbaren Tatsache bedeuten, wenn Herr Erzberger schreibt:

„Die Seelzöger der in Betracht kommenden Bezirke können ein Vieblein hierüber singen; jahrelanger Arbeit bedarf es, um die politischen „roten Flecke“ wieder zu beseitigen.“

Herr Erzberger sieht den Tag nicht mehr fern, wo die Hälfte der Reichstagswähler einen roten Stimmzettel abgibt und wo schließlich aus der Mehrheit gar noch 60 und 75 vom Hundert werden. Deshalb ruft er aus:

„Alle Streitfragen, welche die bürgerlichen Parteien in ihrer Mehrheit heute trennen, sind von ganz untergeordneter Bedeutung gegenüber dem, was bei weiterer Erstarken der Sozialdemokratie auf dem Spiele steht.“

Dieses weitere Erstarken der Sozialdemokratie hofft er damit aufhalten zu können, daß Rechte, Zentrum und Nationalliberale einen neuen Block bilden. Zwar meint er, die Sozialdemokratie wäre bereits zertrümmert, wenn die Regierung im vorigen Jahre aus Anlaß der Militärvorlage den Reichstag aufgelöst hätte. Nach seiner Schätzung würden wir dann die Hälfte unserer Mandate eingebüßt haben. Aber diese Gelegenheit ist nun einmal verpaßt worden und deshalb muß Herr Erzberger jetzt schon selbst Hand anlegen, um die Sozialdemokratie zu Boden zu werfen. Auf geradem Wege scheint dieses dem gefälligen Hausdiener der Regierung doch nicht gut erreichbar zu scheinen, denn er sagt mit Bedauern:

„Würde man die ständige Wählerliste bei uns haben, so hätten die Dinge sich anders entwickeln können.“

Damit wird ein Plan aufgegriffen, den der Abg. Dr. Krendl vor einigen Wochen entwickelt hat: Die ständige Wählerliste einzuführen, damit im Falle einer Auflösung des Reichstags die Neuwahlen schon in zwei Wochen stattfinden können. Die Zeit der Wahlagitatorien soll verkürzt, die Wähler sollen überzumpelt werden — darauf läuft dieser saubere Plan hinaus. Der Opposition soll die Möglichkeit genommen werden, die Wähler genügend aufzuklären. — Kommt das Bündnis zustande, dann verliert nach der Rechnung Erzbergers die Sozialdemokratie z. B. alle Mandate von Dortmund bis Köln, selbst die rote Hochburg Solingen könnte geholt werden. Die Wahlparole des Zentrums-Strategen lautet deshalb:

„Kampf um die Existenz des Bürgertums gegen den Macht Hunger und Terrorismus der Sozialdemokratie!“

Man wird nun abwarten müssen, welches Echo dieser Sammlungsruf bei den Nationalliberalen findet, die mit dem Zentrum doch schon recht eigene Erfahrungen gemacht haben. Daß der Gedanke eines allgemeinen Zusammenschlusses gegen die Sozialdemokratie in den Reihen der bürgerlichen Parteien lebhaft ventiliert wird, ist allerdings eine Tatsache, an der man nicht achtlos vorübergehen darf.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das preussische Abgeordnetenhaus

hat am Donnerstag gegen fünf konservative Stimmen an die Regierung das Ersuchen gerichtet, eine gesetzliche Regelung der Altpensionäre und deren Hinterbliebenen in der Weise vorzunehmen, daß den Altpensionären ohne besonderer Antrag eine Pensionzulage gewährt wird, die nach Prozentätzen des Unterschiedes zwischen der alten und der nach den neuen Pensionsgesetzen zu berechnenden Pension festgesetzt wird. Der Finanzminister bekämpfte den Antrag heftig, es besteht infolgedessen sehr wenig Aussicht, daß die Regierung ihm Folge leisten wird. — Weitere Anträge, die sich auf die Verbesserung von Beamtengehältern bezogen, wurden einstweilen zurückgestellt, nachdem der Minister erklärt hatte, daß die Regierung Gewicht darauf legt, daß die Beamten-Beoldungsnovelle möglichst bald vom Hause verabschiedet wird. Allerdings fügte er hinzu, daß die Regierung darauf bestehen müsse, daß ihre Vorschläge nicht überschritten werden.

Im übrigen nahm das Haus unter Ablehnung einiger sozialdemokratischer Verbesserungsanträge den Gesetzentwurf über das Disziplinarverfahren gegen Kassenbeamte nach den Beschlüssen der Kommission an.

Die Abstimmung über das Militärkabinetts

Als am Dienstag der Kriegsminister noch einmal für die Bewilligung des Neubaus für das Militärkabinetts eintrat, hatte er wohl selbst das Bewußtsein, für eine Position zu kämpfen, die nicht mehr zu retten war. Die Parteien nahmen von einer Diskussion Abstand; welchen Zweck sollte es auch haben, einen Solen noch einmal totschlagen zu wollen. Das Ergebnis der Abstimmung ist bekannt: 268 Nein und nur 75 Ja. Mit 5a stimmten geschlossen die Konservativen und die Reichspartei; ihnen schlossen sich an die nationalliberalen Abgg. Blankenhorn, van Calker, Götting, Heib, Kiepe, Meyer (Celle), Schiffer (Mabdeburg), Söhle, Schulerburg, Schwabach, Strack, Wamhoff und Wittum. Herr Baffermann hatte sich, wie in der Kommission so auch im Plenum, von der Abstimmung gedrückt. Wie immer, so stimmten auch diesmal die Antisemiten getrennt, es stimmten mit 5a die Abgg. Behrens, Bruhn, Dr. Burckhardt, Gräfe (Sachsen), Herzog, Rupp (Marburg), Wium, Werner (Hersfeld); ferner die „Wilden“ Graf Oppersdorff und Graf Poja-dowsky.

Das Reichsfinanzamt hat nunmehr die Pflicht, die Grundstücke so vorteilhaft als möglich zu veräußern. Eine politische Bedeutung hat der Beschluß insofern, als der Reichstag zu erkennen gab, daß er dem mit der Verfassung nicht im Einklang stehenden Militärkabinetts nicht auch noch einen hin den Schein der Berechtigung geben wollte.

Staatsüberrechnungen.

Für Umzugsgebühren waren in den Etat des auswärtigen Amtes 431 000 Mk. eingelegt. Diese Summe ist um nicht weniger als 118 974 Mk. überschritten worden. Von dieser Summe entfallen allein 92 945 Mk. auf Umzugskosten einiger Botschafter und Gesandte. Der Umzug des verstorbenen Botschafters Marzshall v. Dieberstein von Konstantinopel nach London kostete 25 284 Mk. Dieser Botschafter starb bald nach seiner Verletzung; an seine Stelle trat Fürst Pichowsky, der für seinen Umzug von Berlin nach London 20 596 Mk. bekam. Der Umzug des Botschafters v. Waagenheim von Athen nach Konstantinopel kostete 19 260 Mk. Die Verlegung des Botschafters z. Pistor von Brüssel nach Rom erforderte 18 860

Mk. Die Geschenke, die Wilhelm II. anlässlich seines Besuchs in der Schweiz an Beamte und Offiziere machte, kosteten den deutschen Steuerzahlern 22 000 Mk. Dem bulgarischen Königspaar wurde bei seinem Besuch in Potsdam von der deutschen Grenze aus ein Sonderzug zur Verfügung gestellt, dessen Kosten mit 14 280 Mk. die Steuerzahler zu tragen die Ehre haben. — Es handelt sich in all diesen Fällen um sehr erhebliche Summen, deren Notwendigkeit für einen großen Teil des Volkes keineswegs feststeht.

Das deutsch-französische Verständigungskomitee

wird am 30. Mai in Basel zu einer Sitzung zusammen-treten und sich mit der Schaffung eines Aktionsplanes befassen. Dem Komitee, dessen Vorsitzender bekanntlich Genosse Haase ist, sind insgesamt etwa 40 Zentrums-abgeordnete beigetreten.

Die Arbeitsverhältnisse in den Bureaus der Rechtsanwältle

waren Gegenstand einer kleinen Anfrage im Reichstage, die Staatssekretär Dr. Delbrück wie folgt beantwortet hat: „Es haben Vorarbeiten für eine gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Angestellten der Rechtsanwältle stattgefunden. Nachdem die zwischen den Rechtsanwältle und ihren Angestellten angebahnten Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrags vorerst zu keinem Ergebnis geführt haben, sind diese Vorarbeiten wieder aufgenommen worden. Der Zeitpunkt, zu dem ein entsprechender Gesetzentwurf dem Reichstag vorgelegt werden wird, kann zurzeit noch nicht angegeben werden.“

Duellgegner sind der „allgemeinen Achtung verlustig“.

Dem „Volkswillen“ in Hannover wird geschrieben, daß kürzlich sämtlichen Reserveoffizieren von Hannover eine die Pflichten der Offiziere bei Ehrenhändeln betreffende Abhandlung zugegangen ist, in der folgender ungeheuerliche Satz enthalten ist:

„Allgemein satisfaktionsunfähig sind nur die Personen, welche durch ehrengerichtlichen Spruch aus dem Offiziersstand entfernt oder durch richterlichen Spruch ihrer bürgerlichen Ehrenrechte verlustig gegangen sind oder welche durch frühere notorische Verletzungen der Ehrenpflichten (Ablehnung des Duells usw.) der allgemeinen Achtung verlustig gegangen sind.“

Diese Veröffentlichung kommt gerade recht; sie entspricht vollständig der widerspruchsvollen Haltung der Militärverwaltung im Reichstage bei den Duelldebatten. Durch den Satz in der offiziellen Anweisung an die Reserveoffiziere werden alle Duellgegner auf gleiche Stufe mit Verbrechern gestellt. Es wird ihnen darin die allgemeine Achtung kurzerhand abgesprochen. Man kann neugierig sein, was der Kriegsminister im Reichstage zu dieser offenen Nichtachtung kaiserlicher Rundgebungen zu sagen haben wird.

Osterreich-Ungarn.

Eine Duellforderung des ungarischen Ministerpräsidenten. Ministerpräsident Graf Tisza forderte den Abg. Stefan Rakowsky infolge eines lebhaften Wortwechsels in dem Auslaß der Delegation. Die Zeugen des Ministerpräsidenten sind Fürst Geza Odescalchi und Graf Julius Czernikow, während Rakowsky den Prinzen Ludwig zu Windischgrätz und den Markgrafen Georg Pallavicini zu Zeugen benannte.

Amerika.

Deutsche Prinzen werden nicht gewünscht. In Kanada fürchten nicht wenige, daß die Engländer den Klan haben, die Kolonien allmählich in abhängige Monarchien zu verwandeln, um sie so fester an die Krone zu fesseln und den republikanischen Vostrennungs- oder Unabhängigkeitsbestrebungen entgegen zu wirken. Im Jahre 1911 wurde ein Mitglied der königlichen Familie, der Herzog von Connaught, zum Generalgouverneur von Kanada gemacht. Vor einigen Tagen hat man wieder einen königlichen Prinzen, den Fürsten von Teck, der Königin jüngsten Bruder, zum Generalgouverneur von Kanada bestimmt. Im Anschluß an diese Ernennung ist nun der Vorschlag aufgetaucht, die Generalgouverneursposten in Kanada, Australien und den anderen Vostertstaaten permanent durch einen Prinzen aus dem königlichen Hause zu befehlen. Doch für den monarchischen Gedanken scheinen sich die Kanadier nicht begeistern zu können. Schon die Ernennung des Herzogs von Connaught rief vor drei Jahren vielfach Verstimmlung hervor. Die jetzt erfolgte Ernennung des Bruders der Königin hat die Kanadier zu offenem Widerspruch gereizt. Am 8. Mai fragte der frühere liberale Minister Emmerison im Kanadischen Unterhause an, ob es wahr sei, daß der Fürst Alexander von Teck zum Generalgouverneur von Kanada ernannt worden sei. Er fügte hinzu, er hoffe, daß sich die Nachricht als nicht zutreffend herausstellen werde; das sei wenigstens seine persönliche Ansicht. Der konservative Premierminister Borden bestätigte darauf die Richtigkeit der Meldung. In einem Interview sagte darauf Herr Emmerison u. a.:

„Ich bin nicht für die Fortsetzung der Praxis, Kanada von Mitgliedern der königlichen Familie regieren zu lassen. Man ermutigt dadurch in einem demokratischen Lande den Gedanken einer höheren Gesellschaft und das ist für eine junge Nation wie Kanada nicht gut. . . . Ich habe nichts dagegen, daß uns das alte Land einen Geschäftsmann schickt, der als titulares Haupt fungiert. Das ist eine Praxis, die ich nicht verurteile; aber ich will nicht, daß deutsche Prinzen über Kanada herrschen. Je eher man davon abkommt, um so besser wird es sein.“

Man kann den Kanadiern ihre ablehnende Haltung nicht verdenken. Weshalb sollten auch gerade sie das Versuchsnadel für einen deutschen Prinzen abgeben? Ihre Haltung in der Flottenfrage beweist, daß ihnen die inbrünstige Umarmung der englischen Imperialisten unangenehm ist. Wirtschaftlich, politisch, sozial und geistig stehen sie den Vereinigten Staaten viel näher als dem Mutterlande und der Abstand von England erweitert sich jährlich infolge der wirtschaftlichen Entwicklung und der großen ausländischen Einwanderung.

Die Kämpfe in Mexiko. Ein Bericht des Admirals Mayo deutet an, daß Tamico gefallen ist. Die Rebellen seien am 13. Mai bis in die Mitte der Stadt vorgedrungen. Auf der Plattform habe ein sehr heißer Kampf stattgefunden. Aber Verluste an Menschenleben und über den Sachschaden meldet der Bericht nichts. Die aus Tampico geflüchteten Bundesstruppen suchen mit der Eisenbahn nach Mexico zu erreichen. Die Insurgenten hatten die Eisenbahn von Tampico nach Mexico besetzt. — Das amerikanische Staatsdepartement hat Verhandlungen mit den Rebellen begonnen, um den Ausländern die Erlaubnis, zu den Quellen zurückkehren zu dürfen, zu erwirken. Nach Mitteilungen des Staatsdepartements hat General Garza Pena an Stelle des Generals Maas den Oberbefehl über die Bundesstruppen innerhalb Veracruz übernommen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 15. Mai.

Eine Billettsteuer in Sicht.

Wie wir erfahren, planen die Lübecker Behörden die Einführung einer Besteuerung der Eintrittskarten zu den Theatern, Kinos und zu Vergnügungen aller Art nach dem Muster anderer deutscher Städte.

Es verlautet, daß die Steuer 10 Proz. des Eintrittspreises betragen soll.

Sollte diese Absicht in die Tat umgesetzt werden, so dürfte eine der nächsten Folgen das weitere Sinken des Theaterbesuchs sein.

Auch anderorts hat man diese traurige Erfahrung machen müssen. Sie schreit anscheinend unsere Maßgebenden nicht.

Die sozialdemokratische Fraktion wird diese Billettsteuer selbstverständlich auf das entschiedenste bekämpfen.

Das Arbeitersekretariat Lübeck

gibt soeben seinen dreizehnten Jahresbericht heraus, aus dem ersichtlich ist, daß die Entwicklung dieses wertvollen Instituts der organisierten Arbeiterschaft unseres Freistaates stetig fortschreitet. Die Hoffnung der Arbeiterfeinde, durch Errichtung der sogenannten unentgeltlichen öffentlichen Rechtsauskunftsstelle dem Arbeitersekretariat das Wasser abzugraben und nebenbei größere Teile der wertvollsten Bevölkerung vor ihren Karren zu spannen, ist kläglich gescheitert geworden.

Wir entnehmen dem Bericht folgende Angaben:

Das Berichtsjahr 1913 brachte uns die größte Steigerung der Besucherziffern seit Errichtung des Sekretariats. Während im Vorjahre ein kleiner Rückgang an Besuchern zu verzeichnen war, ist dieses Jahr die Höchstziffer erreicht. 16 617 Besucher! Natürlich wuchs dadurch auch unsere Arbeit an Schriftsätzen ganz gewaltig, sie stieg auf 5795 und ebenso wuchs die Vertretung vor richterlichen Instanzen auf 226 Fälle. Obwohl Lübeck nur wenig über 100 000 Einwohner zählt, steht unser Sekretariat mit seinen Ziffern mit an erster Stelle und übertrifft eine Reihe von Großstädten mit viel zahlreicherer Arbeiterbevölkerung. Wir erklären uns diese Tatsache einmal damit, daß wir an jedem Mann Auskunfts geben, während in vielen Großstädten bekanntlich solches nur an Organisierte geschieht. Dann haben wir eine besonders große agrarische Umgebung, Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz, das oldenburgische Fürstentum Lübeck, das altpreußische Herzogtum Lauenburg und das neupreußische Holftein usw., außerdem selbst 50 lübische Landgemeinden. Kurzum, wir liegen inmitten von fünf Vaterländern, die alle uns Besucher senden. Endlich kommt auch in Frage, daß wir hier am Orte Konkurrenz haben und viele Besucher „der Sicherheit halber“ beide Rechtsauskunftsstellen aufsuchen, um alles getan zu haben, was möglich war. Die persönliche Vertretung vor den Oberverfügungsämtern hat etwas nachgelassen und zwar durch die Errichtung der Verleserungsämter. Diese durch die Reichsverfügungs-Ordnung neu geschaffenen Einrichtungen scheinen eine Reihe von Fällen in der Unfallversicherung schon in der ersten Instanz „abzuwickeln“. Man hat uns oft berichtet, daß Rentenempfänger auf den Versicherungsämtern kurzerhand gesagt wird, in der Sache sei nichts zu wollen und der Antragsteller, der weiter gehen wollte, möchte sich doch nicht erst unnütz weiter bemühen. Das hat manchen bewogen, wenn auch betrübt, auf weiteres zu verzichten. Wir haben jedoch oft wahrnehmen müssen, daß Beamte der Versicherungsämter unterdessen los vorgehen und vor den Rentenempfängern den Inhalt des ersten Bescheides nur wortgetreu der Berufsgenossenschaft nachbeten und das kann niemals ihre Aufgabe sein. Hoffen wir also, daß bald hierin eine Besserung eintritt! Der Verkehr mit den Behörden, Gerichten, Ärzten und Berufsgenossenschaften war — wie in den Vorjahren — ein guter, nur müssen wir uns auch jetzt wieder beklagen, daß wir hier beim Gewerbegericht nicht zugelassen sind, von Ausnahmefällen abgesehen, die nur die Regel bestätigen. Gewiß sei angegeben, daß alle Vertreter von Klägern unter diese Maßnahme fallen, aber es läßt sich doch heutzutage eigentlich eine solche rückständige Ansicht nicht mehr halten. In einer großen Anzahl Orte sind unsere Kollegen beim Gewerbegericht zugelassen und wirken ebenso prozessfördernd wie wir hier bei den Instanzen der Arbeiterversicherung. Die Art unserer Besucher beweist, daß wir überall unsere Freunde haben und selbst Leute uns aussuchen und mit gewissem Stolz ihre Zugehörigkeit zu Verbänden angeben, die uns als Korporationen sonst spinnefeind gegenübersehen, wie z. B. Christliche Gewerkschaften, Deutschnationale Handlungsgesellschaften, Landwirtebündler, Innungsmeister usw. Der beste Beweis unserer Objektivität.

Die Besucherziffer betrug: 16 617 (14 937) — die eingekammerten Zahlen sind die des Vorjahres — Die Zahl der Besuche betrug 14 951 (13 656). Die Zahl der Auskünfte war 15 723 (14 824). Die Zahl der angefertigten Schriftsätze stieg auf 5795 (4839). Wiederholt erschienen auf dem Sekretariate 2027 (1895) Personen. Nach auswärts wurden auf Grund ebensoviele Anfragen 467 (460) schriftliche Auskünfte erteilt. Im Berichtsjahre sind 12 924 (11 761) neue Fälle bearbeitet worden.

Das Organisationsverhältnis des Besucher betrügt 51,25 Prozent gegen 50,67 Prozent im Vorjahre. Von den 16 617 Besuchern waren organisiert 8520 und zwar nur gewerkschaftlich 5125, nur politisch 371, gewerkschaftlich und politisch 3024. Unter den verbleibenden 8087 Unorganisierten befanden sich 3882 Angehörige von Organisierten und 370 Organisationsunfähige, sowie 449 Vereine, Organisationen und Behörden. Ihren Wohnsitz hatten die Besucher des Arbeitersekretariats wie folgt: 12 677 in Lübeck (Stadt), 1403 in Lübeck (Land), 1108 in Oldenburg, 712 in Mecklenburg, 662 in Preußen, 42 in Hamburg, 2 in Bremen, 1 in Sachsen, 1 in Neufj. 1 in Schweden, 2 in Rußland, 2 in Dänemark, 1 in Frankreich, 1 in der Schweiz.

Der Gegenstand der Anstalt betraf Arbeiterversicherung in 2896 Fällen, Privatangelegenheiten-Berufung in 185 Fällen, Arbeits- und Dienstvertrag in 3316 Fällen, bürgerliches Recht in 5776 Fällen, Vereins- und Versammlungsrecht in 39 Fällen, Strafrecht in 1049 Fällen, Gemeindef- und Staatsangelegenheiten in 1885 Fällen, Arbeiterbewegung in 134 Fällen, Privatversicherung in 185 Fällen, Handels- und Gewerbesachen in 91 Fällen, Diverfes in 176 Fällen. In 67 Fällen war persönliche Vertretung erforderlich, die in 77 Terminen wahrzunehmen war. Schriftliche Vertretung fand in 159 Fällen statt.

Die vom Arbeitersekretariat im Jahre 1913 geleistete Arbeit ist, wie der Bericht ergibt, eine außerordentlich vielseitige und umfangreiche gewesen. Den Nutzen davon hat in erster Linie die Arbeiterschaft gehabt. Mit berechtigtem Stolz kann die organisierte werttätige Bevölkerung auf ihr aus eigener Initiative geschaffene und aus eigener Kraft erhaltene Institut blicken, die im Laufe der dreizehn Jahre ihres Bestehens so segensreich gewirkt hat.

Freude.

Irdisches Jammermal nennt die Kirche unsere Erde und Jahrhunderte hindurch haben es die Massen geglaubt, Jahrhunderte hindurch haben sie dieser unnatürlichen Lehre folgend in Unterdrückung ein freudloses Dasein geführt. Erst die Aufklärung der neuesten Zeit hat die Köpfe lebendig gemacht, hat einen kritischen Geist geweckt und damit die Erkenntnis der Natürlichkeit und Wahrheit. Und diese Erkenntnis sieht die Erde nicht als ein Jammermal an, sondern als eine Stätte fröhlichen Kampfes um höhere Ziele der Entwicklung, um leiblichen Endes, eine Welt in Menschlichkeit und Menschlichkeit. Das sind die notwendigen Konsequenzen der natürlichen Weltanschauung, zu denen die moderne Naturwissenschaft geführt hat und die für das praktische Leben die Sozialdemokratie, und sie allein, mit eiserner Energie erkämpft, erklämpft.

Wenn heute noch vom irdischen Jammermal gepredigt wird, dann wissen wir, was das zu bedeuten hat. Es ist die Selbsttäuschung der Besitzenden, die hinter dieser Lehre steckt. Schön und brav und friedlich soll die Masse des Volkes sein und zufrieden mit allem Glend soll sie auf ein besseres Jenseits hoffen, das diesem irdischen Jammermal folgt und in dem alles wieder gut gemacht wird, damit jene Egoisten ungefähr in niedriger Ausbeutung ihre Taschen füllen können. Denn sie hüten sich schon, die Erde als ein Jammermal anzusehen. Für sie ist die Erde eine Stätte frohen Genusses.

Ein bitterer Tropfen ist ihnen in ihrem sorglosen Genießen nur, daß die aufgeklärte Arbeiterschaft die Welt nicht mehr so hinstimmt, wie es von jenen Genießern gern gesehen wird. Auch uns soll die Erde eine Stätte des Lebensgenusses sein, aber wir wollen nicht so genießen wie jene, nicht in Oberflächlichkeit, in leichtem Dahinleben. Dafür ist unsere Anschauung über Welt und Leben doch zu tief. Jeder soll, so wollen wir, seine ganze Kraft für die Allgemeinheit und ihre Entwicklung einsetzen, und zwar auf dem Posten, für den ihn die Natur geschaffen, und im übrigen soll er in Schönheit leben und in sorglosem Glücke. Das bereitet uns rechten Genuß, solch ein Leben ist uns ein Leben in Freude. Und in dem Schönen und Streben nach dieser Freude haben wir die Natur auf unserer Seite. Das Leben, wie wir es erkämpfen, ist allein natürlich und darum allein wahr und sittlich und darum ist unserm Ringen als erhabenes Ziel die Freude gewiß.

b. Erste Strafkammer am 15. Mai. Tischlein deck dich! Ein 15jähriges Mädchen ward von seiner Mutter dazu angerathen, den Haushalt zu führen, während sie selbst auf Arbeit ging. Als dienender Geist war die Kleine nun bemüht, auf den Tisch nicht das Schlimmste zu stellen; es gab Wurst und Ochsenzunge, Lachsstücken und Spargel, Butter und Käse usw., also keine Zutaten, die auch armer Leute Magen nicht verderben. Nicht recht ist es jedoch, wenn die Lederbissen auf unzureichende Weise erworben werden. Das Mädchen hatte sie aus fremder Leute-Kamern erzwunden, angeblich, weil es das empfangene Wirtschaftsgeld zu blühendem Geschmeide verwandt hatte, das ihm im „Billigen Laden“ die Augen verblendete. Wegen Betruges erhielt das Mädchen vor dem Schöffengericht 6 Wochen Gefängnis, die Mutter 4, aber wegen Fehlerei 3 Monate. Gegen das letzte Urteil legten Staatsanwalt und Angeklagte Berufung ein. Diese behauptet, vor der ganzen Sache nichts gewußt zu haben und fordert Freisprechung, während der Staatsanwalt die Strafe auf 5 Monate erhöht haben möchte. Beide Berufungen wurden heute verworfen. Die Angeklagte hätte, wenn sie nicht als Anstifterin in Frage komme, wissen müssen, daß die Waren auf unredliche Weise erworben waren. — Eine Sprichtour nach Hamburg unternahm dieses Frühjahr der gerichtsbekannt Schloffer Schulze, der Hausdiener Westfeling und ihr Bulienfreund Graß. Sie mieteten sich mitten in der Nacht ein Auto und fuhren davon, denn W. hatte von einer Erbschaft gefaselt und angeblich einen Hundertmarkstein in der Tasche. Am diesen in einer zweifelhaften Gesellschaft nicht wechseln lassen zu müssen, wurde der Chauffeur in der Kneipe um ein Zehnmärkstück angepömpelt, damit die Zecher bezahlt werden konnten. Dieser besah auch die ungläubliche Einfalt, dem Wünsche zu willfahren, obwohl er auf früheres Fordern nicht einmal den üblichen Vorbehalt für die große Fahrt erhalten hatte. Das Begleitliche Reife im Reuterkrug erfolgen. Dort aber nahmen die Herren Reißaus und ließen den Graf als Pfand zurück, der den Unschuldigen spielte. Er war zu der Nachtfrucht aus dem Bett gerissen worden und vertraute auf den schweren Draht der anderen. Für die respektable Schwindel mit der nötigen Verbrämung erhielten W. und Sch. je 6 Monate Gefängnis vor dem Schöffengericht, Gr. wurde freigesprochen. Mit dem Freispruch ist der Staatsanwalt und mit den 6 Monaten Sch. nicht zufrieden; W. hat die Strafe bereits angetreten. Die Berufungen des Staatsanwalts und des Angeklagten Sch. werden zurückgewiesen.

Handelsregister. Am 14. Mai 1914 ist l. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma S. A. L. E. O. H. n in Lübeck folgendes eingetragen worden: M. Cohn ist mit dem 31. März 1914 aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig ist dessen Witwe M. Cohn geborene Ahron in Lübeck als persönlich haftende Gesellschafterin in die Gesellschaft eingetragten. Sie ist von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma W. M. S. w. a. r. g. in Lübeck: Dem J. A. G. Strunk in Lübeck ist Procura erteilt.

Schwankende Gesundheit. In der Woche vom 26. April bis 2. Mai sind nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet in Aachen 10,8, Altona 16,9, Augsburg 18,1, Barmen 11,2, Berlin 12,9, Berlin-Schöneberg 13,0, Berlin-Wilmersdorf 5,8, Bochum 13,9, Braunschweig 12,6, Bremen 11,3, Breslau 17,7, Kassel 8,9, Charlottenburg 12,4, Chemnitz 12,6, Köln 12,6, Krefeld 10,9, Danzig 14,9, Dortmund 12,0, Dresden 13,4, Duisburg 10,6, Düsseldorf 11,4, Elberfeld 12,4, Erfurt 10,1, Eisen 11,1, Frankfurt a. M. 10,7, Gelsenkirchen 10,4, Halle 15,2, Hamburg 16,9, Hamburg 14,9, Hannover 13,7, Karlsruhe 13,3, Kiel 8,5, Königsberg 16,8, Leipzig 12,4, Lübeck 13,8, Magdeburg 15,5, Mainz 12,4, Mannheim 15,7, Mülheim a. d. R. 11,2, München 13,7, Neuwied 8,4, Nürnberg 12,8, Pflaun 1, B. 13,3, Posen 15,3, Saarbrücken 10,3, Stettin 14,2, Straßburg 16,9, Stuttgart 13,2, Wiesbaden 17,2, London 12,8, Paris 20,1, Wien 15,5.

Maiglöckchen. Die Zeit der Waiouzen, Maltpaziergänge, Matausflüge und Maifeste ist da. Die Teilnehmer an solchen Veranstaltungen kehren nicht selten blumengeschmückt zurück und unter den gesammelten Blumen dominiert gewöhnlich das schneeweiße liebliche Maiglöckchen. Dieses vielgeehrte Maiglöckchen, das in diesem Frühjahr sehr geblüht, ist trotz seines harmlosen Aussehens und herrlichen Duftes durchaus nicht harmloser Natur, sondern eine geradezu starke Giftpflanze. Die Pflanze enthält zwei Giftstoffe: Convallarin und Convallamarin. Letzteres ist ein starkes Herzgift und in seiner Wirkung ähnlich dem Digitalin, dem der rote Fingerhut seine giftigen Eigenschaften verdankt. Das Convallamarin verlangsamt den Herzschlag, erhöht bedeutend den Blutdruck, die Respiration wird tiefer und langsamer, später wird der Herzschlag unregelmäßig, bis allmählich der Tod durch Stillstand der Herztätigkeit erfolgt. Es kann daher nicht dringend genug darauf gewarnt werden, die Maiglöckchen in den Mund zu nehmen oder auch mit wunden Fingern anzufassen. Die Giftigkeit der Maiglöckchen wird auch dadurch erwiesen, daß Hühner, die selbst verweltete Maiblumenkränzen ergattert und Teile davon verschlungen, krepieren oder zum mindesten in Krämpfe verfallen.

pb. Einbruch in einer Baubude. In der Nacht vom 13./14. d. Mts. sind aus einer an der Hanjstraße belegenen Baubude mittelst Einbruchs gestohlen worden: 3 alte Jacketts, 1 weißes Mauererjackett, 1 alte Hose, 2 Paar alte Zugschuhe und 1 Zugsack.

pb. Verhaftungen. Ermittelt und festgenommen wurden ein Arbeiter aus Greifswald, der seitens der Königl. Staatsanwaltschaft in Greifswald zwecks Vollstreckung einer einmonatigen Gefängnisstrafe festgenommen worden ist, und ein Arbeiter aus Stettin, der seitens der Staatsanwaltschaft in Warin wegen Betrugsversuchs gesucht wird.

Stadthallen-Sommerfester. Spielplan: Sonnabend, 16. Mai: „Wenn der Frühling kommt“, von Gilbert. Sonntag, 17.: „Wenn der Frühling kommt“. Montag, 18.: „Der ungetreue Cäcilius“, von Sturm. Dienstag, 19.: „Wenn der Frühling kommt“. Mittwoch, 20.: „Der Kasperbinder“, von Lehár. Donnerstag, 21.: „Der ungetreue Cäcilius“. Freitag, 22.: „Mein alter Herr“. Sonnabend, 23.: „Wenn der Frühling kommt“. Sonntag, 24.: „Der Kasperbinder“. Anfang stets 8 1/2 Uhr.

Wettspiel. Am Sonntag, dem 17. Mai, 3 Uhr nachmittags, findet auf der Heide an der Fadenburger Allee das Retour-Wettspiel Wader-Riel mit dem Arbeiterturnverein-Lübeck statt. Interessante Spiele stehen zu erwarten, da beide Abteilungen über gutes Spielmaterial verfügen.

Wismar. Der zweite mecklenburgische Wahlfreie Schwestern-Wismar hielt seine Kreisversammlung in Wismar ab. Es wurden im Berichtsjahre 60 000 Flugblätter, 17 000 „Mecklenburgische Volkskalender“ und 5000 Probenummern der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ verbreitet. Öffentliche Versammlungen fanden 18 statt, dazu kamen 55 Mitgliederversammlungen und außerdem zwölf öffentliche Versammlungen auf den Dörfern. Die Jahres-einnahme betrug 8225,59 Mk., die Ausgabe 6086,98 Mk., so daß ein Kassenbestand von 2138,61 Mk. verbleibt. Die Mitgliederzahl stieg von 1900 auf 2373, also um 355. Die Leserzahl der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ beträgt 1800.

Kiel. Dänischer Sieg in Kiel. Es ist in Preußen-Deutschland ja nichts Neues, daß Einrichtungen, die ganz allgemein den wirtschaftlichen Interessen einer bestimmten Berufsklasse dienen sollen, in den Dienst der herrschenden politischen Anschauung gestellt werden. So hat es der Vorstand des landwirtschaftlichen Kreditverbandes für Schleswig-Holstein abgesehen, die Höhe solcher nord-schleswiger Landrenten zu beleihen, die wegen ihrer dänischen Bestimmung besonders bekannt sind und damit öffentlich hervortreten. Der Vorstand hat sein Verhalten damit begründet, daß der Kreditverband ein staatlich konzessioniertes Institut sei und unter keinen Umständen Geld hergeben könne, daß in deutschen Landen dänische Agitation betrieben werde. Am Mittwoch hat nun in Kiel die ordentliche Hauptversammlung des landwirtschaftlichen Kreditverbandes stattgefunden. Auf dieser Versammlung haben die Nord-schleswiger dem Vorstande für seine Haltung einen kräftigen Denzettel erteilt. Sie waren mit einer so starken Stimmzahl angetreten, daß es ihnen mit Leichtigkeit gelang, bei der Erbschaft für ein Vorstandsmitglied einen dänisch-gesinnten Nord-schleswiger und bei der Neuwahl von 3 Verwaltungsratsmitgliedern 3 dänisch-gesinnte Nord-schleswiger zu wählen. Sie traten nämlich mit 190 Stimmen an, während auf der anderen Seite nur 38 deutsche Stimmen aufgebracht werden konnten. Der Denzettel war wohlverdient.

Bremen. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch für den zweiten Paragrafen der Hafenerweiterungsbauten in Bremerhaven 27 552 000 Mark bewilligt. In der Jahren 1905—1913 wurden 38 872 000 Mk. für den ersten Bauabschnitt ausgegeben. Vorschlag waren 1904 53 832 000 Mark, jetzt lautet der Vorschlag auf 66 424 000 Mark. Der Syndikus der Handelskammer, Dr. Apel, wies auf die großen Kosten hin, die der keine Bundesstaat Bremen ausbringen müsse für die Hafenerweiterung, die Außen-, Unter- und Oberwesertorrektion. Den Vorteil habe aber nicht nur der bremische Handel, sondern auch die preußischen und oldenburgischen Hafenstädte und ebenso ziehe ohne Zweifel der gesamte Handel des Deutschen Reiches Nutzen hieraus. Keine Hafenstadt der Welt sei so auf sich allein angewiesen wie Bremen. Antwerpen, Rotterdam, Triest, die amerikanischen Häfen usw. würden aus dem Gesamtmarkt des States unterstützt resp. die Anlagekosten aus Reichsmitteln getragen. Hamburg leide ja unter ähnlichen Verhältnissen wie Bremen; aber die günstige Lage Hamburgs, dem außerdem das Reich den Nordostseekanal gebaut und Preußen das Hinterland erschlossen habe, setze diese Stadt in die Lage, günstiger zu arbeiten. Im besonderen wandte sich Dr. Apel gegen die Angriffe im Preussischen Abgeordnetenhaus, die besagten, Bremen habe den mit Preußen abgeschlossenen Vertrag illegal gehandhabt. Senator Dr. Barthhausen betonte, daß es gerade die preussischen Unterwesertorrektion und Gesetzmünde und das preussische Abgeordnetenhaus gewesen seien, die Bremen bei Abschluß der Gebietsabtretung so große Lasten aufgebürdet hätten. Genosse Kruse wünscht vor allem, daß die neuen Schleusen in größerem Maßstabe angelegt und zu den Kosten, insbesondere des Trockenbodens in Rücksicht auf eine eventuelle Wiedernutzung der Kriegsschiffe, das Reich mit herangezogen werde. Unser Redner betonte, daß die Sozialdemokraten schon immer darauf verwiesen hätten, daß Preußen resp. das Reich zu den Kosten herangezogen werden müßten. Es klang aus den Verhandlungen ein lang zurückgefallener Groll gegen die preussischen Feinde der Hansestädte heraus. Die Eisenbahnpolitik Preußens belastet die Seehäfen und bringt den Fünftern eminenten Vorteile. Bremen hat Ausgaben, aber keine Einnahmen von der Eisenbahn. Der Weserbahnhof in Bremen verursacht große Kosten, den Bahnhof in Speckenbüttel mußte Bremen bezahlen, die Einnahmen hat Preußen. — Ein Antrag wünscht einen Bericht darüber, wie den anwachsenden Kosten für das Krankenhaus entgegenzuwirken werden könne. Genosse Stögen verlangte, daß eine Erhöhung der Wäsesteuern nicht vorgenommen werde.

Bürgertafel.

Zu libeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen: Briefträger Ahrens, Barbier und Friseur Biendin, Prokurist Bobzien, Kaufmann Bürgin, Lehrer Dillner, Güterschreiber Hamann, Schuhmacher Henning, Erbpächter Hoffmann, Arbeiter Kaetshuhn, Gärtnergehilfe Klüßendorf, Tischlergehilfe Knapp, Versicherungsinspektor Kunig, Milchhändler Markmann, Maurergehilfe Meyer, Buchhalter Mieder, Eisenbahnschaffner Mollwig, Musiker Otto, Bureaugehilfe Peters, Arbeiter Platb, Rutscher Prösch, Eisenbahnschaffner Ratajezki, Betriebsassistent Roggenkamp, Postschaffner Rood, Theaterausseher Scharf, Arbeiter Scherer, Konditor Schlüter, Steinmetzgehilfe Schulz, Postassistent Schwarz, Wächter Stedefeld, Kellner Thau, Arbeiter Trete, Bankbote Warneke, Wertmeister Wagdorf, Prokurist Welle, Laternenwärter Wiende, Arbeiter Wiende, Gasfitter Wiende, Arbeiter Wollin, Bahnwärter S. G. F. Wulf, Bahnwärter S. F. J. Wulf.

Eis haben am 25. April 1914 vor dem Senate den Bürgereid geleistet. Am selben Tage hat vor dem Stadt- und Landamt den Bürgereid geleistet: Lehrer a. D. Koop.

Letzte Nachrichten.

Blitzschlag. Auf dem Fernsprechanstalt Tempelhof fuhr der Blitz in eine Telefonleitung, wodurch zwei Telephonistinnen betäubt wurden. Ein sofort herbeigerufener Arzt bemühte sich um die Besinnungslosen und stellte fest, daß sie unverletzt geblieben waren. Der Blitz fuhr durch die Leitung in die Erde, so daß ein Materialschaden nicht entstand.

Die Ermordung des Kolmarer Chauffeurs. Aus Paris wird telegraphiert: Die bezüglich der Mörder des Kolmarer Chauffeurs Kohler von der französischen Polizei eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß das Verbrechen wahrscheinlich von zwei aus Raincy bei Paris stammenden achtzehnjährigen Kurischen, Louis Fruy und Gabriel Lambert, verübt wurde, die in Raincy lange als Turißgehilfe bekannt und auch verdächtig sind, mehrere Einbruchdiebstähle verübt zu haben. Sie unternahmen vor etwa vierzehn Tagen eine Reise nach Raincy und flogen dort unter dem Namen Jacques und Richard Nereze, Studenten aus Paris, in dem ersten Hotel ab, aus dem sie am 6. Mai verschwanden, ohne die Rechnung bezahlt zu haben. Bei der Polizei wurde von Frau Fruy mitgeteilt, daß sich Fruy und Lambert zunächst nach Straßburg begeben haben dürften, da sie sich wiederholt nach einem dortigen Hotel erkundigt hätten.

Kein Geburtenrückgang. In der Klinik in Palermo gebar eine Frau aus dem Volke fünf gesunde Kinder.

Ein Erdstöß rief in Ogden, Utah, große Aufregung unter der Bevölkerung hervor. Bei mehreren Wolkenkratzern im Geschäftsviertel der Stadt gingen die Fenster Scheiben in Trümmer.

Kunst und Wissenschaft.

Emil Rosenow in Berlin hoftheaterfähig? Das National-Schauspielhaus in Berlin zeigt den Willen, ebenso vorurteillos zu sein wie andere Hoftheater. Es hat, wie die „V. Z.“ am Mittwoch schreibt, den Kater Lampe, die soeben vom Dresdener Königl. Schauspielhaus gegebene Komödie des verdorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Rosenow, für die nächste Spielzeit angenommen.

Handels- und Marktnachrichten.

Butter-Notierungen

b. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein. Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierel-Verbandes.

Hamburg, 14. Mai.

1. Klasse 844 Drittel zu 110,41 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 85 „ 108,23 Mk.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Ein Uebelstand

herrscht seit einiger Zeit in der alten Willen-Kolonie der Schönböckerstraße. Beim Erhöhen der Straße ist auch die Stelleitung zugestrichelt worden. Auf der Straße befindet sich allerdings ein Rinnsel, aber bei der Einfahrt zur Hanja-Meierei, welche circa 1/2 Meter tiefer liegt, steht ein Abflußrohr. Es hat sich da Wasser angesammelt, welches die Kinder zu allerlei Spielen benützen. Es sind auch schon viel Unannehmlichkeiten passiert. Am schlimmsten werden aber die anliegenden Grundstücke betroffen, denn die Käse und Feuchtigkeit, die dadurch in die Häuser kommt, schadet doch der Gesundheit außerordentlich. Die Passanten, die den Weg zur Meierei machen müssen, sieht man oft in gefahrvoller Lage an dem naheliegenden Grundstücke entlang kletternd. Selbst der Herr Direktor der Hanja-Meierei muß das Gitter mitbenutzen, um nicht dem nassen Element zum Opfer zu fallen. Nach unserer Meinung ist die Meierei in erster Linie verpflichtet, den Weg in einen guten Zustand zu halten. Hoffentlich wird das Veräunte so schnell wie möglich nachgeholt. Mehrere Anwohner.

Literarisches.

Du und dein Kind. Heft 1: Das fragende Kind. Heft 2: Das erwerbstätige Kind. Herausgegeben von Otto Rühle. Verlag: Buchhandlung der „Vörlinger Volkszeitung“, Vörling. Preis je 15 Pf. Die kleinen, billigen Schriftchen sollen proletarische Eltern auf gemeinverständliche Weise in die wichtigsten Fragen der sozialistischen Kindererziehung einführen und mit den Elementen des Jugendbuches vertraut machen. Sie bilden den Anfang einer pädagogischen Bibliothek für Arbeiterfamilien. Weitere Heften werden das eigenständige, das lägenhafte, das aufschlüsselnde, das spielende Kind usw. behandeln.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Edwigt für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Insereate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werttätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 14. Mai 1914.

257. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Solz, v. Jagow.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Ergänzungsetz für Südwestafrika.

Die Kommission beantragt, von den für die Landwirtschaftsbank in Südwestafrika geforderten 5 Millionen zunächst nur 2½ Millionen zu bewilligen.

Staatssekretär Dr. Solz und Abg. Dr. Dertel (R.) bitten um Bewilligung der ganzen Summe.

Das Haus beschließt nach dem Antrag der Kommission.

Ein Gesetzentwurf der Budgetkommission, nach dem die anliegenden Grundbesitzer zu den Kosten der kolonialen Straßen, Hafen- und Eisenbahnbauten herangezogen werden sollen, wird von der Tagesordnung abgesetzt, nachdem Staatssekretär Dr. Solz eine Verordnung in dieser Richtung in Aussicht gestellt hat.

Die Verlängerung des deutsch-türkischen und des deutsch-japanischen Handelsabkommens wird debattelos genehmigt. Es folgt die zweite Lesung des

Etats des Auswärtigen Amtes.

Staatssekretär v. Jagow: Die Liquidation der Balkanereignisse ist auf der Grundlage der Friedensschlüsse von London und Bukarest zu einem gewissen Abschluß gelangt. Auch die letzten Schwierigkeiten werden im Wege der Verständigung gehoben werden können. Mit besonderer Freude werden wir es begrüßen, wenn das uns befreundete türkische Reich nach seiner schweren Prüfung zu einem friedlichen Nebeneinanderleben seiner Völkerstämme gelangt. Die türkische Regierung hat bereits auf den Rat der Mächte Reformen in Armenien angekündigt. — Aus Albanien kamen in den letzten Wochen viele Nachrichten, die den Stempel der Sensation an der Stirne trugen. Daß die Aufgabe des Fürsten schwer sein würde, das Reich auf eine feste wirtschaftliche und organisatorische Grundlage zu stellen, war von vornherein gewiß. Es besteht aber begründete Hoffnung, daß durch die Maßnahmen der Regierung und der Mächte auch die Stämme des Südens, die sich gegen die neuen Lebensbedingungen sträuben, beruhigt werden können. Jedenfalls kann man nicht die allmähliche Konsolidierung des Staates und Landes als Utopie betrachten. — Rücksehend können wir mit Genugtuung feststellen, daß die Lösung der Balkankrise durch das einheitliche geschlossene Auftreten des Dreibundes und das freundschaftliche Einverständnis mit England, Frankreich und Rußland die berechtigten Interessen der verbündeten Monarchie vollkommen gewahrt hat. Ein wesentliches Verdienst daran kommt der besonnenen, maßvollen, vermittelnden Haltung Rumaniens zu. Die Weisheit seines Herrschers und seiner Regierung wird Rumänien in Anlehnung an seine alten Freunde weiter an der Befestigung des Friedens mitarbeiten lassen. Wir werden in voller Sympathie für die Entwicklung der Balkanstaaten auch in Zukunft stets fest und entschlossen für die berechtigten Interessen unserer Bundesgenossen auf dem Balkan eintreten. (Bravo!) Unser Verhältnis zu Rußland hat in letzter Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit in erheblichem Maße in Anspruch genommen. In den letzten Tagen hat das Urteil in Perm weite Kreise erregt. Wir haben die russische Regierung gebeten, uns die Begründung des Urteils gegen die deutschen Luftschiffe baldmöglichst zukommen zu lassen. Bis dahin müssen wir weitere Neußerungen zurückstellen. In einem Teile der russischen Presse hat sich zweifellos die deutschfeindliche Stimmung zu einer systematischen Kampagne gegen uns verstärkt. Diejenigen, die daran die Schuld tragen, dürfen sich nicht wundern, wenn es aus dem Walde herausdringt, wie sie hineinkufen. (Lebhafte Zustimmung.) Die deutsche Regierung lehnt die Verantwortung für gewisse Presseartikel ab, aber diese Reaktion war nur eine Folge der russischen Aktion. Dem deut-

schen Reich treibt man jede Neußerung eines inaktiven Offiziers, jede wärmere Kundgebung eines nationalen Vereines an, wenn wir aber von Ost und West, meistens von beiden Seiten gleichzeitig, angegriffen werden, wundert sich niemand darüber. Ein leitendes englisches Blatt hat darauf hingewiesen, daß die Fortsetzung dieser Auseinandersetzungen das sicherste Mittel sei, um den engeren Zusammenschluß der Entente-Mächte herbeizuführen. Das englische Blatt hat gewiß in gutem Glauben übersehen, wie Monate hindurch gewisse Organe der öffentlichen Meinung in Rußland gegen Deutschland gehetzt haben. Ich kann nur wiederholen, was der Reichszentralrat im vorigen Jahre hier gesagt hat. Es bestehen zwischen Deutschland und Rußland keine Interessengegenstände, die ein friedliches Nebeneinanderleben stören müßten. Auch die handelspolitischen Schwierigkeiten werden sich bei beiderseitigem guten Willen schlichten lassen. Um so wertvoller ist es, wenn man durch Erregung der Volksleidenschaft einen künstlichen Antagonismus schafft. In unserer übermühten Zeit ist das ein Spiel mit dem Feuer. (Lebh. Zus.) Ich hoffe, daß es den beiderseitigen Regierungen gelingen wird, den gefährlichen Strömungen einen Damm entgegenzusetzen. Die Verhandlungen über Kleinasien sind noch nicht abgeschlossen. Auch über die Verhandlungen mit England kann ich Ihnen nichts Neues mitteilen; sie werden in dem freundschaftlichen Geiste weiter geführt, der auch sonst unsere Beziehungen zu England beherrscht. Auch die Verhandlungen mit Frankreich werden hoffentlich zu einer Reibung ausschließenden Verständigung führen. Die unsichere Lage in Mexiko ist durch den Konflikt mit den Vereinigten Staaten weiter verschärft worden. Wirtschaftliche und persönliche Interessen der deutschen Staatsbürger sind dort ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen. Wir haben bisher für die persönliche Sicherheit der Deutschen nach Möglichkeit gesorgt und werden die finanziellen Ansprüche nach Wiederherstellung der Ruhe geltend machen. Mit Freude begrüßen wir, daß die Vereinigten Staaten die Vermittlung der drei großen südamerikanischen Republiken angenommen haben. Der Kongress in Niagara, die am 18. Mai zusammentritt, wünschen wir besten Erfolg. — Die Reise des Prinzen Heinrich nach Südamerika hat unsern Wunsch unterstrichen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen aufstrebenden Staaten ohne alle politischen Hintergedanken zu fördern. Das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der deutschen Politik, das eine Vorbedingung des Erfolges ist, ist dadurch neu bekräftigt worden. Diesen Glauben zu erhalten und zu bestärken, ist unser Bestreben. Damit dienen wir der Sicherung unserer vom Glück nicht gerade begünstigten geographischen Lage, und der Entfaltung der kulturellen Kräfte Deutschlands, und wir brauchen den Erfolg unserer Bemühungen nicht zu unterschätzen. (Beifall bei den bürgerl. Parteien.)

Wendel (SD.): Die Erklärungen des Staatssekretärs haben uns eigentlich nur sehr wenig gesagt. Das mußte jeder aufmerksame Zeitungsleser schon seit langem. Nicht Unwissenheit erklärt dieses Verhalten des Staatssekretärs, sondern höherer Wille, dem Reichstag des „verflachten demokratischen Wahlrechts“ nicht mehr mitzuteilen. Die auswärtige Politik wird in Deutschland noch immer als Geheimwissenschaft betrieben, und dem Volk und der Volksvertretung auf sie noch weniger Einfluß gegönnt, als in der inneren Politik. In der Dunkelkammer der Kabinettspolitik wird mit dem Geschick der Millionen gespielt, und die Millionen können dann ausbaden, was dort beschlossen worden ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daher kommt es, daß keiner Partei das etwas verjüngte Gesicht der Auslandspolitik der Regierung völlig zusagt. Die Säbelkraker fragen, daß zu wenig mit der gepanzerten Faust aufzubauen werde, und wir werfen der Regierung vor, daß sie nicht den unbedingten Mut zum Frieden und zur Völkerverständigung hat. Sie lebt von der Hand in den Mund, setzt Fikta auf Fikta, ist nicht Fikta, nicht Fiesch, nicht Mann, nicht Weib, sondern gehört eigentlich in das Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen. (Große Heiterkeit.) Das ist nicht die Schuld des Staatssekretärs. Selbst wenn er ein Genie, also ein Fremdkörper in der ho-

mogenen Regierung wäre (Heiterkeit), könnte er nicht mehr Erfolge aufweisen, denn die auswärtige Politik ist nur ein Exponent der Inlandspolitik. Eine Politik, die im Innern subaltern-reaktionär ist, kann nach außen hin keine Fortschritte erzielen. Das hat ja der Widerhall des Falles Zabern in der ganzen Welt gezeigt. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wäre als erster berufen gewesen, gegen den Sieg der Militärdiktatur Einspruch zu erheben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der englische Bürger genießt deshalb Achtung in der ganzen Welt, weil er der freie Mann im freien Lande ist. Aber welche Achtung soll trotz Kanonen, Bajonetten und Panzerschiffen der deutsche Bürger genießen, der sich wider Recht und Gesetz in den Panzerkeller sperren lassen muß? (Sehr gut! bei den Soz.) Als das „Berliner Tageblatt“ schrieb, es sei in Zabern zugegangen, wie sonst nur in Bolivien und anderen südamerikanischen Raubstaaten, hat der diplomatische Vertreter Boliviens nachgewiesen, daß die Rechte des Bürgers dort viel besser gesichert sind als bei uns. (Hil.) Wem das Gefühl deutscher Ehre nicht auf der Zunge, sondern im Herzen sitzt, der wird das als brennende Schmach empfinden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bei der Erledigung der Balkankrise kann von einer deutschen Politik überhaupt nicht gesprochen werden. Herr Bassermann hat freilich gemeint, wir hätten während der Balkankrise im großen und ganzen unser Ziel erreicht. Da kann man frei nach Goethe nur sagen: Nur die Nationalliberalen sind bescheiden. (Heiterk.) In Wahrheit haben wir uns gar nicht in die Kosten eigener Gedanken und Entschlüsse gestürzt, sondern deutsche Balkanpolitik war österreichische Balkanpolitik, und österreichische Blamagen, deren es nicht zu wenige gab, deutsche Blamagen. Das Ideal der deutschen Politik war das status quo, der Wunsch, alles beim alten zu lassen, innen wie außen, die alte Metternichsche Weisheit: „Mich halt die Pastete noch aus!“ (Heiterkeit.) Aber der einzige status quo, der erhalten blieb, war die klägliche Unfähigkeit der Diplomatie, die kurzzeitig und kurzfristig mit Monarchenbesuchen und Ministerreisen die Weltgeschichte zu leiten glaubt. Aber für den Balkan wurde das Jahr 1912 weltgeschichtlich revolutionär, für ihn bedeutet es dasselbe, wie 1789 für Westeuropa. Wir Sozialdemokraten sind nicht unbedingte Dreibundfreunde. Auf die Friedensgefahr, die vom Dreibund ausgeht, hat Prof. Max Sering treffend hingewiesen, als er den Dreibundstaaten als den landarmen Staaten die Mächte, der Tripel-Entente als die landreichen, starken Staaten gegenüberstellte. Aber der Dreibund darf doch in jedem Falle nicht dazu verpflichtet, alle österreichischen Dummheiten auf Geheiß und Verderben mitzumachen. Die Nibelungentreue ist vielleicht etwas sehr Lyrisches und Romantisches, aber seit der Lohengrinfahrt nach Tanger und dem Panthesprung nach Agadir ist unser Bedarf an Romantik doch vollauf gedeckt. (Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Darum hätte Deutschland der hysterischen Ballplatz-Politik entgegenzutreten müssen. Die unerhörte Hege gegen Serbien entsprang nur der heiligen Sähe der österreichischen Agrarier, die so unerträglich sind, wie unsere, vor dem billigen serbischen Schwein. Der Freund des Herrn Dertel, Ritter von Hohenblum, hat ja ausdrücklich gesagt, er fürchte das serbische Schwein mehr als die serbischen Soldaten. (Heiterkeit.) Darum trieb man Salschlachtpolitik in doppeltem Sinne: man suchte für die Interessen des Salschlachthofes und war bereit, um dieses agrarischen Eigenwunsches willen ganz Europa in ein Menschenfleischhaus zu verwandeln. (Sehr wahr! bei den Soz., Unruhe rechts.) Aber freilich, wir haben das Skelett im eigenen Hause. Wir unterdrücken auch die Polen und Dänen und lassen unsere Politik von der agrarischen Unerträglichkeit bestimmen, da konnten wir den Oesterreichern nicht gut raten, die Südslaven nicht länger mit dem Standrecht und die Serben mit der Grenzsperrpolitik zu behandeln. Was Albanien angeht, so sind wir Sozialdemokraten natürlich durchaus für die Freiheit und Selbständigkeit dieses wie jedes anderen Volkes. Aber nur in einem freien Bund autonomer Balkanrepubliken hätte Albanien sich zu selbständigem Leben entwickeln und zugleich ein Friedensfaktor werden können. In seiner jetzigen Form ist es nur ein Versuch des österreichischen wie des italienischen

Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft von Graf E. A. Salias.

Autorsierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruße.

(48. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Jetzt verging eine Woche, ohne daß Milowanows erfahren, wie ihre Sache eigentlich stand. Endlich kam ein junger Beamter und ersuchte Jegor, auf das Polizeibureau sich zu bemühen. Am nächsten Morgen leistete Jegor diesem Befehle Folge und traf im Polizeibureau seinen Anwalt Pawlinow und Herrn Stowor aus Kalan. Als er die beiden Männer so freundlich mit einander reden sah, wußte er nicht, ob er sie für erbitterte Gegner halten sollte, die durch List einander überrumpeln wollten, oder aber für intime Freunde und geriebene Gauner, die einen Dritten ins Verderben zu stürzen trachteten. Die Unterredung mit diesen beiden Beamten endigte damit, daß man Milowanow ein Schriftstück unterzeichnen ließ, in welchem er sich verpflichtete, die Stadt nicht zu verlassen. Auch erteilte man ihm den Rat, er möge seine Gattin veranlassen, persönlich zum Chef der Geheimpolizei zu gehen und sich dessen Befehl zu erbitten.

„Von ihm hängt alles ab“, sagte Pawlinow. „Allerdings kann er Ihre Besitzerin nicht zwingen, Ihnen einen Pass auszustellen, allein er vermag Ihnen die Erlaubnis zu erteilen, hier in der Stadt zu bleiben.“

„Dann werde ich zu ihm gehen“, antwortete Jegor. „Nein, mein Herr, das geht nicht. Der General ist ein großer Damenfreund, und wenn Ihre Frau Gemahlin hieher kommt, so werde ich dafür sorgen, daß Erzellenz sie sofort empfängt.“

Milowanow wußte nicht, was er darauf erwidern sollte. Zu Hause erzählte er alles ausführlich seiner Frau und fügte hinzu, daß er aus den Reden der Beamten nicht recht klug werden, auch nicht entziffern könne, ob dieselbe Feinde oder Freunde wären.

„Was soll ich mir denn von dem General erbitten?“ fragte Pauline erstaunt.

„Daß er uns gestatte, in St. Petersburg zu bleiben, bis alles geordnet sei. Anderenfalls kann man uns per Schuß nach Kalan bringen.“

„Aber Du hast Dich doch bereits schriftlich verpflichtet, die Stadt nicht zu verlassen. . . . Und nun soll ich selbst zum Chef der Geheimpolizei gehen und ihn bitten. . . . Die Sache kommt mir dunkel vor.“

„Natürlich ist die ganze Sache rätselhaft, allein was soll man tun?“

Am folgenden Tage begab sich Pauline traurig und niedergeschlagen, aber stolz, wie immer, nach dem Polizeibureau. Erst jetzt empfand sie, in welsch unangenehme Lage sie durch ihre Verheiratung geraten war. Hätte sie, eine Fürstin Beresopolska, wohl niemals ahnen können, daß sie in einem gewöhnlichen, schmutzigen Polizeibureau auf einer elenden Holzbank neben Bagabunden sitzen und warten sollte, bis man sie vorließ, bis ein niedriger Beamter sich bequeme, sie dem General zu melden, der es früher sich zur großen Ehre angerechnet haben würde, von der Fürstin Beresopolska empfangen zu werden?

Es verstrich eine geraume Zeit. . . . Endlich erschien Pawlinow und ersuchte Pauline, in ein anderes Zimmer zu treten. Dieses Gemach war zwar ebenso schmutzig und dunkel, aber es befanden sich wenigstens keine schlechten Subjekte darin. Pawlinow ver sprach ihr, augenblicklich einen höheren Beamten von ihrer Anwesenheit zu benachrichtigen und dafür Sorge zu tragen, daß sie sofort der Erzellenz gemeldet würde.

Der Beamte entfernte sich, und wiederum wartete Pauline eine volle Stunde. Viele Leute gingen ein und aus, doch niemand beachtete sie. Schließlich kam Pawlinow zurück und nötigte sie in die zweite Etage. Sie passierten eine schmutzige Treppe und gelangten in Räume, die nicht viel anders ausschauten, als das untere Stockwerk; nur war es hier ein wenig sauberer.

Hier empfing sie ein etwas anständig gekleideter Beamter, der eine goldene Brille trug und einen großen Brillantring am Finger hatte; er reichte ihr nicht die Hand, da er in der Rechten eine goldene Tabakdose und in der Linken ein Fou-lard hielt. Höflich bat er sie, Platz zu nehmen, ging ans Fenster, und während er zum blauen Himmel empor schaute, fragte er nach ihrem Begehre. Mit kurzen Worten schilderte Pauline ihm ihre Lage.

„Warum wollen Sie denn Erzellenz mit Ihrer Angelegenheit belästigen?“ fragte er.

„Ich will ihn bitten, uns zu gestatten, daß wir uns dem Willen der Frau Beresopolska nicht zu fügen brauchen, sondern hier in St. Petersburg bleiben dürfen.“

„Ja, ja, es ist gewissermaßen „Kabale und Stesche“ von Herrn Schiller; man führt dieses Stück jetzt auf dem Theater auf. Gut, gut, ich will Sie Erzellenz sofort melden; er ist augenblicklich frei. Allein ich bin für die Folgen, welche aus der Unterredung entstehen, nicht verantwortlich. . . . Was, mich geht die Sache ja gar nichts an!“

Die junge Frau erkannte wohl, daß der Beamte zwei-

Dagegen dachte der Beamte: Du willst nichts springen lassen. . . . Du verlässest Dich auf Pawlinow und auf Deine eigene Kraft. . . . allein Du wirst schwerlich etwas ausrichten. . . . Dazu bist Du zu häßlich und zu alt. . . . Wahrscheinlich bist Du den Bierzigern nahe. . . . Wenn Du schöner wärest, ja, dann stände es anders. . . . Und laut fügte er hinzu:

„Nun, wenn Sie wünschen, werde ich gehen und Sie melden.“

Er rührte sich jedoch nicht vom Platze, als erwartete er etwas. Pauline schwieg und blinnte ihn erkaunt an. Ach, wie unangenehm ist es doch, mit Damen umzugehen, dachte er.

„Ach, meine schweren Sünden!“ rief er endlich mit lauter Stimme und ging hinaus.

Nach einer Minute kehrte er zurück, und indem er mit der Hand nach der Tür deutete, sagte er:

„Erzellenz läßt bitten.“

Als Pauline an ihm vorüberging, setzte er mit einer leichten Verbeugung hinzu:

„Wenn Sie Erzellenz verlassen, dann gehen Sie, bitte, durch jene Tür, welche direkt auf die Straße führt! Sollten Sie jedoch den Wunsch hegen, mich noch einmal zu sehen, so kommen Sie gefälligst denselben Weg zurück. Sie treffen mich immer hier.“

Während die junge Frau die Schwelle überschritt, dachte sie nicht daran, was sie zu sprechen, sondern wie sie sich zu verhalten habe. Sollte sie demütig bitten oder aber wie eine Frau auftreten, die energisch ihr Recht verlangte, nachdem sie von spitzbübischen Beamten auf die schändlichste Weise geprellt war? Sie tat einige Schritte ins Zimmer und erblickte einen Herrn in großer Uniform, der ihr langsam entgegenkam. Kaum hatte sie ihn angeschaut, da stieß sie ein lautes „Ach“ aus und blieb wie gebannt stehen. Auch der Beamte starrte und sah sie mit starren Augen an. Mehrere Minuten standen beide befüßt und schweigend da.

„Melne Hochachtung“, sagte er endlich mit einer Stimme, bei deren Klänge Pauline unwillkürlich erbeute.

Vor ihr stand ihr früherer Bewerber, Fürst Orwads. Sofort fiel ihr seine einstmalige Drohung ein. . . . Jetzt konnte sich diese Drohung bewahrheiten.

„Nun, setzen Sie sich immerhin“, verjeste er, während er Platz nahm und auf einen weit entfernten Stuhl deutete.

Pauline wollte sich bewegen, allein sie fühlte, wie ihr die Füße wankten, und wie es vor ihren Augen dunkel wurde. Sie setzte sich und machte all ihre Kraft zusammennehmend, um sich aufricht zu erhalten; obwohl er ihr Feind war, so tröstete sie sich doch mit dem Gedanken, daß es in St. Peters-

Imperialismus, sich ein späteres Aufsteigen der östlichen Welt zu vorbehalten. Daraus wird die Unsicherheit der westlichen Lage in Fernanzen erklärt. Deutschland hat einen schweren Fehler begangen, als es dieses rassistische und stochastische Kind aus der Taufe gehoben hat. (Heiterkeit.) Ich will nicht erörtern, ob die Albanier, diese Indianer Europas, die weder eine sprachliche noch eine religiöse Einheit bilden, die von der modernen Zivilisation nur das Repetiergewehr übernommen haben, um sie zu bekämpfen, überhaupt staatsbildende Kraft besitzen. Sie sind eingekapselt in Stammespartikularismus und haben nicht eine Spur nationalen Bewusstseins. Aber dieser albanische Staat mit seiner ganz willkürlichen Grenzziehung ist jedenfalls nicht lebensfähig und kann höchstens künftig einmal in den Dreieck mit einem Reich der Balkanländer, wie vor 50 Jahren die gemeinsame Befreiung Schleswig-Holsteins durch Preußen und Oesterreich Bismarck den willkommenen Anlaß zur Auseinandersetzung mit Oesterreich von 1866 gegeben hat. Daß alle Welt darüber einig war, daß dieser unvollständigste europäische Volkstamm als Mittel nur einen feudalen Herrn vom preussischen Kasernenhof brauchen könnte, ist eine eigenartige Schmeichelei für Preußen. (Heiterkeit.) Aber wenn auch Wilhelm I. mit dem Vorhau der Großmächte und den Vorhau der Balkanländer der deutschen Presse nach Tirazzo abgerufen ist — ein Ameisenhaufen ist ein bequemer Sitz im Vergleich zum albanischen Thron —, so hat er sich doch rein als Privatmann in ein Privatverhältnis gestellt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn diesem Herrn etwas Albanisches — allen Albanisches austriehe, darf Deutschland unter keinen Umständen einen Nachschub annehmen, daß tausend Jahre lang ein Albanier nicht mehr wagen soll, einen Deutschen scheel anzusehen. Für die Masse des deutschen Volkes ist es viel wichtiger, ob am nächsten Sonntag schönes Wetter ist, als ganz Albanien mit einem Herrn zu regieren. (Heiterkeit und Beifall.) Die Entscheidung der deutschen Militärmission nach der Türkei war aus vielen Gründen ein schwerer Fehler. Die türkischen Niederlagen sind gewiß nicht preussische Schuld. Auf den mazedonischen Schlachtfeldern ist ein vermorsteter Staat zusammengebrochen, nicht der preussische Drill. Aber die Türkei braucht jetzt Reformen und nicht Instruktionen, und zudem muß die Militärmission den Verstand erwecken, als ob wir nur das Messer beizetten in den türkischen Kuchen stecken wollen. Der Kampf um die Militärmission war ein Symptom der Verschlechterung der offiziellen Beziehungen Deutschlands und Russlands. Da wir keine Vorleser sind, und in dieser übererregten Zeit sehr gesunde und feste Nerven haben, haben uns die Marmarikel der „Kölnischen Zeitung“ sehr wenig angetan. Wir stehen der islamischen Gefahr kühl bis aus Herz hinan gegenüber. Das russische Volk will Krieg führen, aber nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen den blutigen Zarismus. Russland hat die Revolution im Leibe (Sehr wahr! bei den Soz.), und wenn der Nikolaus...

Vizepräsident Dr. P a s a c: Sie dürfen nicht in diesem Tone von dem Herrscher eines verbündeten Reiches sprechen. (Lautes Lachen bei den Soz. — Jurist: Verbündet?) Ich verbitte mir jede Kritik. (Erneutes Lachen bei den Soz.)

Wendel (heraufgehend): Wenn dieser Jar einen Krieg unternehmen wollte, sollte er sich vorher die Krone mit Säpfeilspitzen bestreichen lassen. Wenn die traditionelle Freundschaft zwischen Berlin und Petersburg durch die Getreidepolitik einen Riß bekommen hat, stehen wir Sozialdemokraten dem mit dem Gefühle des Mephistopheles gegenüber: Hab ich doch meine Krone dran! (Heiterkeit.) Bisher waren die Führer der schwarzen Bande in Russland und Herr v. Schönerberg-Jaruzanski, der Führer der schwarzen Bande (Heiterkeit), ja hats ein Herz und eine Seele. In einer vernünftigen Politik, in ehrlichen demokratischen Reformen hätte Deutschland einen sichereren Schatz gegen alle russischen Unzufriedenheiten als in tausend Festungen und Kanonen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die deutsch-englische Entpannung haben wir mit großer Freude, gleichviel aus welchen weltwirtschaftlichen Gründen sie hervorgegangen ist. Die deutsche und die englische Arbeiterklasse haben sich schon in der Zeit der größten Spannung entschlossen für die Verständigung beider Völker eingesetzt. Sogar ein englischer Minister, der Attorney General Sir Rufus Isaacs, hat seine Vertheidigung darüber ausgesprochen, daß die Beziehungen der beiden Arbeiterklassen ständig intimer werden, und diesen Schutz vor neuen Spannungen und Mißverständnissen begründet. (Hört, hört! bei den Soz.) Ein deutscher Minister spricht natürlich nicht so. In Deutschland interessiert unsere Friedensarbeit höchstens die Paragrafenweisheit des Oberrechtsanwalts, er scheint sie als ein Stück Hoch- und Landesverrat. Aber die wahren Hoch- und Landesverräter sind die Kriegsheber, die Deutschland ins Unglück stürzen wollen. Ich lege kein allzu-

Man, Jüdin... Ah so... Sie sind ja jetzt so etwas Sonderbares... Sie heißen heute Frau Milowanow.

Jawohl, erwiderte Pauline mit leiser, doch leiser Stimme. Ich verpöche die Sache nicht so recht... Man jagte mir, eine Edelkame habe einen Leibeigenen geheiratet und sei mit diesem entflohen... Man vermisse jetzt die Leibeigener, und die Gutsbesitzerin verlange, daß man dieselben ihr zurückbringe... Verhält sich die Sache so?

„Ungefähr“, antwortete Pauline. Was heißt dieses „ungefähr“? Das ist ein unruhiger Ausdruck. Ist Ihr Mann ein Leibeigener?

Pauline wollte den Sachverhalt erklären, doch Oswald unterbrach sie barsch, indem er rief: Ich bin sehr beschäftigt und habe keine Zeit, Weiberreden anzuhören. Ich frage Sie daher nochmals: ist Ihr Mann ein Leibeigener?

Jawohl. Und Sie sind keine Frau?

Und die Gutsbesitzerin verlangt, daß Sie dorthin zurückkehren, wo Sie eingeschrieben sind? Antworten Sie.

Man, dann gehen Sie doch dorthin, und da Ihnen als Frauen nicht das Recht zusteht, Wagen und Pferde zu mieten, so lassen Sie zu Fuß nach auf das Gut begeben.

„Sie wollen also so unehrlich handeln... an mir Rache nehmen, Oswald.“

„Ja, das ist doch nicht allzu schwer zu begreifen... Liebeskind, kann ich Ihnen nur sagen, daß ich sehr edel handle... Ich könnte zum Beispiel Ihren Mann auf die Gasse mitnehmen und als einen entflohenen Leibeigenen mit Ruten züchtigen lassen... Und Sie... Sie könnten... durch einen Vertrag auch mitkommen, allein ich lasse Sie beide ganz unberührt... Ja, gnädige Frau, heißen Sie nicht Oswald eines Soldaten, einen General verdammt, so würden Sie nicht in die Lage gekommen sein... das Weib eines Generals zu werden. Nur eine verrückte alte Jungfer könnte ihren Leibeigenen heiraten. Ihre Gesellschaft habe ich geübt, aber ich hoffe nicht... daß ich Sie noch einmal im Leben sehen werde... Jetzt lassen Sie mich gehen.“

„Ihr Hundel können und zusammen mit Herrn Mann die Affe antreten... Wenn Sie tausend Reich in Fuß gesungen sein würden, dann denken Sie gewiß leicht an den General Oswald... Und nun...“

„Sie dürfen nicht in diesem Tone von dem Herrscher eines verbündeten Reiches sprechen.“

großes Gewicht auf das Bramarbasieren ausgedienter Generale, von denen eigentlich nur noch das Mundwort ordentlich selbstentfärbt ist. (Große anhaltende Heiterkeit), aber ihre Aufstachelung, der überflüssigen Instanz und ihre Verhegung ist gemeingefährlich. Mit Recht hat Lord George die Völker aufgerufen gegen den organisierten Wahnsinn des Weltkristentums. Die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes verlangt, daß die Abrüstungsfrage endlich ernsthaft angefaßt wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die kostspieligen Rüstungen der letzten riesigen Militärvorlage haben am Stärkeverhältnis der Völker gar nichts geändert; nach der Meinung des Wehrvereins hat sich durch das Milliardenopfer Deutschlands Lage sogar verschlechtert. (Hört, hört!) Wer da nicht einsteht, daß das Betrüben der wahnsinnigsten Wahnsinn ist, der ist selbst pathologisch. (Sehr wahr! bei den Soz.) Zur Hege gegen Frankreich dient mangels anderer Vorwände die Fremdenlegion. Wir verdammten diese Ausgeburt des Kapitalismus und Militarismus aufs entschiedenste. Aber wir verkennen nicht, daß der Hunger und die kranken Soldatenmühsandlungen, so lange sie bestehen, der Legion immer neue Opfer zuführen werden. Nebenfalls verwerfen wir die Hege, die man um ihrer Willen gegen Frankreich treibt. Das französische Volk hat bei den letzten Wahlen seinem Frelbenswillen energisch Ausdruck verliehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man kann in Umkehrung eines Gambetta-Wortes sagen: man spricht noch von der Renanche, aber niemand denkt noch ernsthaft daran. Die französischen Nationalisten haben in diesem Wahlkampf nur mit dem Material gearbeitet, das ihnen die Alldeutschen geliefert haben, die Delirium mit Recht die einzige wahre Gefahr für Deutschlands Zukunft nennt. Auch der jorische Regimentsbefehl des Kronprinzen hat ihnen erlaubt, das französische Volk zu ängstigen, man mühte sich des schlimmsten versehen, wenn der Kronprinzliche Attentäter zur Regierung käme. (Hört, hört! bei den Soz.) Demgegenüber haben die demokratischen Elemente die Verständigung mit Deutschland in den Vordergrund gestellt. Insbesondere unsere französischen Genossen haben den Kampf gegen die drei Jahre, gegen die Kriegshege, für den Völkertreiben und für die deutsch-französische Annäherung mit aller Entschiedenheit geführt, und ihr glänzender Erfolg beweist die Friedensliebe des französischen Arbeiters und Bauern. Auch das arbeitende Volk Deutschlands ist durchdrungen von der Begeisterung für die deutsch-französische Freundschaft, und dieses Volk ist doch in letzter Linie die ultima ratio jeder ansatzigen Politik. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wie man im 18. Jahrhundert gesagt hat, es gibt keine Pyrenäen mehr, so wird es im 20. Jahrhundert heißen: „Es gibt keine Begeben mehr, keine trennende Barrikade zwischen Deutschland und Frankreich. Was die beiden Völker trennt, sind nur ein paar hunte Grenzpfähle, die man jeden Tag herausreißen kann, was sie verbindet ist das Gefühl internationaler Kulturpolitik, das keine Macht der Welt aus ihrem Herzen zu reißen vermag. Im Sinne dieser heiligen Allianz der Völker rufe ich dem Frankreich der Arbeit, des Friedenswillens, der Verständigung und der Freundschaft, das uns soeben zugerufen hat: „Es lebe Deutschland!“ von dieser Tribüne aus zurück: „Vive la France!“ (Stürmischer Beifall bei den Soz., lautes Lachen rechts.)

Dr. Spahn (3.): Das Frankreich, das der Redner der Sozialdemokratie hochleben ließ, schürt mit seinem Golde das russische Schwert. (Lebh. Zust. rechts und im Zentr.; Jurist: Das ist das Frankreich der Arbeit und der Demokratie!) Damit ist diese ganze Rede wohl erledigt. Die Heeresvermehrung war unbedingt notwendig zur Aufrechterhaltung des Friedens. Sie soll unsere Machtstellung in Europa sichern, die aber keine Spitze gegen ein anderes Volk enthält. Insbesondere Deutschland und England haben eine starke Interessengemeinschaft und sind auf gegenseitige Verständigung angewiesen. (Lebh. Zust. im Zentr. und links.) — Der Redner verbreitet sich dann in unverständlichem Gemurmel über die Balkanfrage und über die Beziehungen zwischen Deutschland und der römischen Kurie.

Prinz zu Schönau-Carolath (N.): Ein Krieg mit England wäre ein Verbrechen und ein Unsin. Die beiden Länder muß ein enges Freundschaftsband verknüpfen. Unsere Beziehungen zu Russland brauchen durch die Pressefreiheit nicht gestört zu werden; wenn auch Oesterreich, wie Graf Berathold jüngst in den Delegationen sagte, in freundschaftlichen Beziehungen zu Russland steht, soll uns das freuen. Bei einem Krieg in Europa kann niemand etwas gewinnen. Die Friedensstörer am Balkan sollten die Großmächte energisch zur Ordnung rufen. Die französischen Sozialisten sind gewiß Friedensfreunde; aber Herr Clemenceau hat noch jüngst die Deutschen als Wölfe bezeichnet, und Herr Barthou jede Annäherung als unmöglich bezeichnet. Deshalb glaube ich, daß Herr Wendels Schlußsatz seiner Rede nur geschadet hat. Der Redner fragt dann nach der dritten Haager Friedenskonferenz, nach der veränderten Stellung Englands zum Seebeuterecht und fordert Einsetzung einer deutschen Studentenkommision für das Werk von Haag.

Staatssekretär v. Jagow erwidert, daß die neuesten Ausführungen Sir Edward Grays über Englands jetzige Stellung zum Seebeuterecht noch näher geprüft werden müßten.

Goltz (W.): Die fortdauernden Rüstungen machen die Völker arm, während Amerika, das diese Rüstungen nicht trägt, wirtschaftlich immer mehr erflort. Darin liegt in Wirklichkeit die amerikanische Gefahr, der zu begegnen vor allem Deutschland und Frankreich zusammengehen sollten. — Der Dreifund sollte die einzelnen Staaten verbinden, solche Extratouren zu machen, wie Deutschland mit dem Gang nach Kordit und Oesterreich mit der Annexion von Bosnien und der Herzegovina sich geleistet haben. — Der deutsch-englische Gegensatz ist ein Kulturhindernis. Die Konventionen haben allerdings so etwas wie eine Erbfeindschaft gegen alle demokratisch regierten Länder. Aber eine verständige Politik ist eine Politik der Verständigung, deshalb brauchen wir internationale Verträge, internationales Recht, internationale Schiedsgerichte. Das Vertrauen zur deutschen Politik und das Ansehen Deutschlands im Ausland würde wachsen, wenn wir die Reaktion in der inneren Politik überwinden und zu einer itzetischen Entwicklung des Reiches kommen. (Lebh. Beifall links.)

Dr. Vertel (K.): In Frankreich blüht der Chauvinismus. Dem deutschen Reiter ist er fremd. (Lachen h. d. Soz.) Wir wünschen freilich gute Beziehungen zu Frankreich, ebenso zu England. Wir sind stets bereit zum Frieden, aber wir müssen auch immer gerüstet sein zu Kriege. (Bravo! rechts.) Schütz (N.): Wir brauchen nicht unklare Träumereien, sondern klare Erkenntnisse wie Bismarck. Wie Bismarck! (Bravo! rechts.)

Unterstaatssekretär Zimmermann: Die französische Regierung läßt alle minderjährigen Fremdenlegionäre wieder frei. Der Fremdenlegionär, nachdem der Abg. Vertel irrt, der angeblich von Gefangnis zu Gefangnis geschleppt wird, ehe man ihn freigeibt, ist allerdings auch ein Minderjähriger, aber wir haben seine Auslieferung wegen Diebstahls verlangt, und da kann ihn die französische Regierung wohl nicht anders befordern. (Hört, hört! h. d. Soz.) — Für die Forderung des deutschen Handels und der deutschen Industrie in China tut die Regierung alles Mögliche, hoffentlich gibt auch die deutsche Finanzwelt aus ihre Zurückhaltung...

M u m m (Wirtsch. Bgg.): Die christlichen Völker regieren die Erde, und der mächtigste Mann auf dem Balkan ist ein Hohenzoller. Die christlichen Armenier verdienen besonderen Schutz. Hingegen gehen uns die russischen und rumänischen Juden gar nichts an. Das ist eine innere Angelegenheit dieser Staaten. Auch dem Luftschiffer Berliner ist nur Recht in Russland geschehen.

Hierauf verlag die Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. Schluß: 7 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine ganze Streikleitung verhaftet. Seit dem 25. April stehen in Monheim im Kreise Solingen 81 freigeordnete und 24 christlichorganisierte Bauarbeiter im Kampfe. Monheim ist ein kleines Bauendörfchen mit stark katholischer Bevölkerung, in dem bisher noch keine Industrie vorhanden war. Eine holländische Kapitalistengruppe hat ein größeres Werk, die Rheinania-Werke, das erste industrielle Unternehmen, dort errichtet. Einige Baufirmen führen einige zum Werke gehörigen Bauten auf. Da die Firmen den Tarif nicht zahlten und sich auch auf keinerlei Verhandlungen mit den Vertretern der Organisation einließen, kam es zum Streik, der erste, der in Monheim geführt wurde. Die Streikende verhielten sich, den Mahnungen ihrer Führer folgend, ruhig. Es war den beizetzten Firmen nicht möglich, Arbeitswillige herbeizuschaffen. Außer einigen Italienern hatten alle die Arbeit niedergelegt. Das scheint den Herren nicht in den Kram gepaßt zu haben. In der Nacht zum Sonntag wurden in der Kantine, in der einige arbeitswillige Italiener kampierten, die Fenster Scheiben eingeworfen. Von wem konnte nicht festgestellt werden. Am Sonntag wurden plötzlich 7 Streikende von der Gendarmerie verhaftet unter der Beschuldigung, Landfriedensbruch begangen zu haben. Weitere Verhaftungen folgten am Montag. Und am Dienstag wurde die ganze Streikleitung verhaftet und die Aktensmappe der Streikleitung beschlagnahmt. Außerdem wurden fast alle Streikenden, die in Monheim wohnen, verhaftet und in einem Wagen nach dem Untersuchungsgefängnis in Olshausen gebracht. Der Zweck der Uebung ist leicht erkennbar. Bisher war es den Streikposten noch immer gelungen, arbeitsuchende Leute, die nicht wußten, daß auf den Rheinania-Werken gestreikt wurde, zur Umkehr zu bewegen. Die Werkleitung und Gendarmerie leben im besten Einvernehmen, was schon daraus hervorgeht, daß man den Fußgänger einen Auto zur Verfügung gestellt hat. Auf eine telephonische Beschwerde beim Landrat wurde der Streikleitung mitgeteilt, der Monheimer Bürgermeister müsse erst Bericht erstatten, bevor der Landrat eine bestimmte Antwort geben könne. Unter den Verhafteten befinden sich auch Italiener.

Aus dem Bericht der Generalkommision für das Jahr 1913. Mit der für die Arbeiter und für die Gewerkschaften wichtigsten Frage, der Arbeitslosenunterstützung, beschäftigt sich einleitend der soeben von der Generalkommision der Gewerkschaften erstattete Bericht. Dabei wird darauf verwiesen, daß die Opfer der modernen kapitalistischen Gesellschaftsordnung lediglich auf die Selbsthilfe angewiesen sind. Auf eine reichsgehegliche Unterstützung ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen und erst 14 Gemeinden haben die kommunale Unterstützung, meist in unzureichender Weise, vorgezogen. Und während die Gewerkschaften in der Krisenzeit namhafte Summen zur Vinderung der größten Not an viele tausende Arbeiterfamilien zahlten, werden sie mit besonderer Schnelligkeit von den Staatsbehörden behandelt. Auch die Scharfmacher betreiben die Hege gegen das schon unzulängliche Koalitionsrecht unermüdlich weiter. Im Bericht wird hierbei erinnert an die Auslegung des „liberalen“ Vereinsgesetzes, der Politisch-Erklärung der Gewerkschaften, an die Petitionen der Scharfmacher um verstärkten Schutz für die Arbeitswilligen und um ein Verbot des Streikpostensfahrens, und an die im Reichstage und in den Landtagen darüber erfolgten Auseinandersetzungen. Um dieser Hege entgegenzutreten und den Kampf für ein freies Koalitionsrecht wirksam zu führen, gab die Generalkommision die umfangreiche, wichtige Tatsachenmaterial enthaltene Broschüre: „Das Koalitionsrecht in Deutschland“ heraus. Die Leistungen der sozialpolitischen Gesetzgebung stehen in Uebereinstimmung mit diesem gewerkschaftsfeindlichen Verhalten der Staatsorgane. Der Gesetzeswurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, ebenso der über die Einschränkung oder das Verbot der Konkurrenzklauel werden nicht fertiggestellt. Auch die Reichsversicherungsunordnung zeigt jetzt, besonders in der Krankenversicherung, erst noch manches für die Arbeiter Nachteilige. Die Beteiligung an den Krankenkassen wählen wird für viele Orte als nicht befriedigend bezeichnet; eine statistische Zusammenstellung der Ergebnisse wird noch erfolgen. In Lohnbewegungen wird das Jahr 1913 als immerhin nicht arm bezeichnet, wurden doch außer den großen Bewegungen im Mergelgewerbe, im Baugewerbe und in der Holzindustrie zahlreiche kleinere Kämpfe in anderen Industrien geführt. Nach Erwähnung der Schaffung der „Volkswirtschaft“, die bis Jahreschluss 74746 Versicherungsanträge mit einer Versicherungssumme von 134 Millionen Mark abgeschlossen hat, wird der proletarische Jugendbewegung, die weitere gute Fortschritte machte, ein größeres Kapitel gewidmet: Erhöhte Anforderungen an die Kasse der Generalkommision wurden durch Anträge zur Errichtung von Bezirks-Arbeitersekretariaten gestellt. Die Generalkommision hat mit Rücksicht auf die durch die N. V. D. geschaffene Rechtslage die Bildung solcher Sekretariate empfohlen, zu deren Erhaltung die Gewerkschaftsartelle durch eine mäßige Beitragsleistung beitragen sollen, im besonderen Falle leistet die Generalkommision Zuschüsse. Die internationalen Verbindungen konnten weiter gut gepflegt werden, nicht zuletzt dadurch, daß durch eine Erhöhung des Beitrages für das internationale Sekretariat dieses eine Gewerkschaftskorrespondenz in drei Sprachen herausgegeben konnte. Gewerkschaftliche Unterrichts-kurse wurden zwei abgehalten mit zusammen 140 Teilnehmern; ein Kursus für Arbeitersekretäre hatte 26 Teilnehmer. Die sozialpolitische Arbeit wird schon den Vorgesängen auf sozialpolitischem Gebiete besondere Aufmerksamkeit und strebt die Förderung des Arbeiterstudiums an. Die Sammlung umfangreichen Materials über die wichtigsten Vorgänge auf diesem Gebiete und ein Literaturverzeichnis gestalten das im Sekretariat angelegte Archiv besonders nützlich bringend. Einnahmen und Ausgaben der Kasse der Generalkommision sind nicht unerheblich gestiegen. Die Mehrausgaben entstanden durch erhöhte Ausgaben der Agitationalkommissionen und durch größere Zuschüsse an die Gewerkschaftsartelle zur Durchführung der Wahlen zu den Krankenkassen und Versicherungsämtern. 632 622 Mark Einnahmen stehen 573 047 Mark Ausgaben gegenüber.

Soziales.

Auch eine „Veteranenhilfe“. Eine neue Einrichtung des städtischen Wohlfahrtsamtes in New York erregt berechtigtes Aufsehen: Die städtische Drehschraube. Alle anderen Arbeiterkolonnen und sonstigen Wohlfahrtsämter sind verboten, die

städtische Drehorgel hat fortan das Monopol, und zwar, wie die „Neuer Zeitung“ berichtet, zugunsten bedürftiger Kriegsveteranen, denen der ganze „Reingewinn“ zufließen soll. Die Bedienung der Orgel ist fest besoldet, hat also kein Interesse an dem Erträgnis. Der Inhalt der verschlossenen Sammelbüchse muß jeden Abend dem Wohlfahrtsamt abgeliefert werden. Nach einem bestimmten Straßenplan läßt die Orgel ihre Weisen in der Stadt erschallen, so daß jede Straße einmal in der Woche herantrommt. Der städtische Leiterkasten ist am 1. Mai in Betrieb genommen worden. — Das „dankbare Vaterland“ organisiert den Bettel mit der Drehorgel, um ein paar Pfennige Unterstützung für hungernde Veteranen zusammenzuschorren! Deutschland in der Welt voran!

Aus Nah und Fern.

Zwei schwere Eisenbahnunfälle. Am 14. Mai vor-mittags ist auf der Umgehungsbahn an der Leinebrücke in Hannover der Güterzug 5009 mit der Maschine und einer ganzen Reihe Wagen entgleist. Der Zugführer des Güterzuges 5009 wurde getötet, der Heizer leicht verletzt. Einen Schaffner wurde ein Bein ab-geschossen. — In demselben Vormittagüberfuhr der Lokomotivführer des Güterzuges 9401 von Dankow = Verschiebe-bahnhof das auf „Palt“ stehende Einfahrtsignal des Bahn-hofs Schonenholz = Reinickendorf und stieß mit dem aus dem Bahnhof ausfahrenden Güterzug 8606 zusammen. Der Schaffner Tesch = Dankow wurde getötet. Beide Lokomotiven und fünf Wagen wurden beschädigt, fünf an-dere Wagen entgleisten und wurden ebenfalls beschädigt.

Die Betriebsstörung war um 8 Uhr vormittags beseitigt. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Zum Untergang des Dampfers „Tiert Hill“. Nach einer Blättermeldung erzählt der einzige Überlebende des auf der Höhe von Southwold gekenterten Kohlen-dampfers „Tiert Hill“: Um 3 1/2 Uhr schwante der Dampfer plötzlich und schlug um. Die außer ihm an Bord befind-lichen zwölf Personen, darunter der Kapitän und dessen kleiner Sohn, schliefen und sind zweifellos alle ertrunken. Der Obermaschinist, der einzige Überlebende, schwamm nach einem Boote, das er fortreiben sah, und wurde dann von einem belgischen Dampfer aufgenommen. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht aufgeklärt. Nach einer Lesart soll ein Fischerboot mit dem Dampfer zusammengestoßen sein; nach einer anderen ist er infolge Verschlebung des Schwergewichts gesunken.

Neue Erdbeben bei Catania. In der Nacht zum Donnerstag und gestern morgen wurden in der Gegend von Milo, Lingua Gioiosa, Santa Venerina und Giarra wieder-holt Erdbeben verspürt. Die Erschütterungen waren zum Teil ziemlich heftig und riefen unter der Bevölkerung große Aufregung hervor. Schaden wurde nicht angerichtet. Der Aetna stößt noch immer Rauchsäulen und Asche hervor.

Vom Schanzpöbel niedergetreten. Während der Auf-bahrung der Leichen von zwei im mexikanischen Kriege ge-fallenen amerikanischen Seeleuten in Boston bzw. Chi-cago kam es zu einem so großen Gedränge, daß viele Personen verletzt wurden. In Boston wurden etwa 100 Frauen niedergetreten; mehrere von ihnen wurden schwer verletzt. In Chicago wurden etwa 12 Personen niedergetreten.

Reaktionäre Maßnahmen in Bayern. Die Münchener Polizeidirektion hatte den Festzug des bayerischen Arbeiter-jüngerbundes, der zu Pfingsten stattfinden soll, bereits in all- seinen Einzelheiten genehmigt. Infolge der Hege der Zen-tralspreize hat die Polizeidirektion neuerdings abgeänderte Vorschriften über den Festzug gemacht, der im Gegen-satz zu all- den üblichen Festzügen in München sehr häufigen Veranstaltungen nicht den üblichen Weg nehmen, sondern durch fast menschenleere Gegenden geführt werden soll. Infolgedessen hat der Münche-ner Gewerkschaftsverein nach einer lebhaften Debatte be-schlossen, sich an diesem Festzug der Arbeiterjünger nicht zu beteiligen, da sie es für unter ihrer Würde halten, sich den polizeilichen Schikanen zu fügen. Damit ist der Festzug selbst in Frage gestellt. Es wurden auch Stimmen laut, daß ange-sichts der unwürdigen Zustände, die jetzt unter dem schwar-zen Regiment herrschen, am liebsten das Münchener Sänge-fest an einen anderen Ort verlegt werden sollte, wenn die Vorbereitungen nicht schon zu weit gediehen wären. Das Sängerefest selbst findet, wie bekannt, im Städtischen Aus-stellungsplatz statt.

Die Pest in Hongkong. Die „Times“ melden aus Shanghai: In Hongkong wurden in der letzten Woche 215 Pestfälle festgestellt, von denen 173 tödlich ver-liefen. Seit Anfang des Jahres wurden 1228 Fälle, davon 1112 mit tödlichem Ausgange re-gistriert.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Für erwiesene Aufmerksamkeit anlässlich unserer silbernen Hochzeit sagen allen Freunden und Bekannten besten Dank.
C. Hamann und Frau,
Lübeckstraße 12.

Westen abend 7 1/2 Uhr entschleif-
fahrt nach langer, schwerer Krank-
heit unter innigst geliebter, herziges
Töchterchen

Emmi
im Alter von 2 Jahren, tief be-
nauert und schmerzhaft vermisst von
ihren Eltern, Geschwistern und allen,
die ihr nahe standen.
Hermann Roxin u. Frau,
geb. Erhard.
Wickedeckstr. 30, I. Et.

Wohn-, w. mögl. m. etw. Stall u.
Garten, v. Lent. m. 3 Kind. (3846
Maa. m. Br. u. WR 200 a. d. Grv.

Zum Waschen u. Reinmachen be-
sonders zum Einweichen empfehle
sich das milde, einfach erprobte
Waschmittel Salamba
Pfund nur 25 Pf. (4

Durch Sterbefall billig zu ver-
kaufen eine Kommode, eine Bett-
stelle mit Bettzeug, ein einfaches
Kleiderkranz, ein Schrank, eine
Lüftungsmaschine, e. Küchenschr., ein
Sofa, Stühle, Zeug u. and. mehr.
3. bei. Sonnab. nachm. u. Sonnt.
(3875) Wafenikmauer 1a. part. 1fs.

Zu verkaufen ein rob. Sitterei-
kleid, Gr. 34. Ang. u. P 4 a. die
Erped. d. Bl. (3864

Billig zu verkaufen 3 Zement-
Brannschmelz. (3858)
Stadelsdorf, Ahrensböcker Str. 13.

30 kleine Jungkinder
sind billig zu verkaufen.
(3880) J. Kläwer,
Schwartz Allee 133.

1 Portemonnaie m. Fah. v. ein.
Anab. v. d. Kerkringstr. b. Geverdesstr.
verlor. D. ehrf. Finder m. geb. dasf.
abzug. (3868) Kerkringstr. 26.

Kleinverkauf
von Lösskalk, Gips, Zement,
Teer, Dachpappe, Farben, Oelf.
Johannes Müller
Hartengrube 21. (3879

Wanduhren, Taschen-
uhren, Goldwaren,
Silberwaren,
Hochzeits- und
Patengeschenke
empfehle billigst
Willi Westfehling,
32 Holsten-
strasse 32

Goethes Werke
3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Sozialdemokratischer Verein
Schlutup.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, dem 16. Mai,
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale von A. Sahorowski.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.
(3861)

10 BEISPIELE
unserer von drei Millionen an-
erkannten Leistungsfähigkeit.
Tonangebende Modelle!
HAUPTPREISLAGEN
4 90 5 90 6 90 7 50 8 90 10 50 12 50 16 50
Lassen Sie sich diese Artikel in unserer Ver-
kaufsstelle vorlegen! Wir stellen Sie zufrieden!

Conrad Jacke & Co.
Lübeck, Breite Straße 47.
Telephon 2586.

Kinder,
die sich an dem Umzuge des Wald- und Maifestes in
Hraelsdorf beteiligen wollen, werden kostenlos verkleidet
und gebeten, sich am Sonntag am 1 1/2 Uhr hinter dem
Festplatz bei Kaffeehaus Wendt einzustellen. 3855

Käselager Oldekop
Nur Huxstraße 83-85.

Tilsiter Fettkäse	—	sonst 70 Pf.
Große Tilsiter Volfett	—	sonst 90 Pf.
Alte Holländer	—	sonst 100 Pf. — (3881)

ff. Schweizer Pfd. 70, 80, 90 Pf.
Auf diese Preise 5 Prozent Rabatt.

Fußball-Wettbewerb
am Sonntag, dem 17. Mai
nachmittags 3 Uhr
auf der Heide an der Fackenburg
3870 Allee.
Wacker, Ziel II — Lübeck II
Wacker, Ziel I — Lübeck I.

NB. Heute abend Versammlung
bei Weber, Fackenburg Allee 28.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bezirksversammlung
für die
Mitglieder der Warenabgabestelle
Elswigstraße
am Dienstag, dem 19. Mai 1914,
abends 8 1/2 Uhr
im Restaurant „Weißer Engel“.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht und Bericht des
Genossenschaftsrats.
2. Genossenschaftliches.
Um zahlreichen Besuch der Mit-
glieder und deren Frauen bittet
3856) **Der Vorstand.**

Zentral-Hallen
Dankwardtstraße 20.
Jeden Sonnabend:
Großes Tanzkränzchen
mit vollbesetztem Orchester.
Anfang 8 Uhr. (2167

Stadthallen-Sommertheater.
Sonnabend, den 16. Mai,
Anfang 8 1/4 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung.
Großer Schlager
des Thaliatheaters in Berlin.
Neuheit! Größter Erfolg Gilberts.
Wenn der Frühling kommt.
Operettenposse von Kren u. Okon-
kowsky. — Musik von Jean Gilbert
Sonntag, den 17. Mai,
Anfang 8 1/4 Uhr:
Zum zweiten Male
Wenn der Frühling kommt.
Montag, den 18. Mai,
Anfang 8 1/4 Uhr:

Erster Schwankabend. Zugkräf-
tiges Repertoirestück des Ham-
burger Thaliatheaters.
Der ungetreue Eckhart
Schwank in 3 Akten v. Hans Sturm.
Vorverkauf zu allen Vorstellungen:
Zigarrenhandlung **Otto Borchert.**
Musikalienhandlg. **F. W. Kalbel.**
Rudolph Karstadt.
Dutzendkarten haben zu allen Vor-
stellungen Gültigkeit. (3826

Sommertheater
in Fritz Rittschers Hansatheater.
Dr. Ernst Albert.
Sonntag, den 17. Mai:
Humoristisch. Begrüßungsprolog
von **Albert.**

Hierauf:
Rin ins Vergnügen.
(Aufführung.)
Große Posse mit Gesang u. Ballett
nach der Erbanne v. Ernst Albert.
Musik v. Edgar Eimons. Gesangs-
texte von Paul Rich. Vanf.
Kaffeeöffnung Sonntag 4 Uhr.
Montag keine Vorstellung.
Dienstag, den 19. Mai:
Die gegenwärtig beste Lustspiel-
novität

Majolika
von Leo Walter Stern u. L. Heller.
Mittwoch, den 20. Mai
Der utoische Schwank v. Lauff:
Ein toller Einfall.
Vorverkauf bei Fr. Nagel u. Fr.
Sager, ebenfalls bis Dingenstagen
die zu allen Vorstellungen Gültig-
keit haben. Diese können im Vor-
verkauf sowie an der Abendkasse
gegen feste Plätze umgetauscht
werden. (3859)
Anfang stets 8 1/4 Uhr.

Neues Stadttheater
Freitag, den 15. Mai 1914:
Lebte Vorstellung in der Spielzeit.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.
Abschiedsvorstellung für
Tilly Schmidt u. Harry de Garmo:

Der fliegende Holländer
Oper von Rich. Wagner.
Große Preise.
Abonnementanmeldungen für die
kommende Spielzeit werden be-
reits jetzt an der Theaterkasse
entgegengenommen. (3849)
Rechnungen für das Stadttheater
sind bis spätestens 20. d. M. in-
zuliefern. Spätere Forderungen
können nicht berücksichtigt werden.

II. Reklame-Angebot!

Kinder-Südwest
reizende Ausführungen

von **68** an

Franzen & Co., 16 Holstenstraße 16.
Rote Rabattmarken oder 4% in bar.

Beachten Sie unser 12. Reklame-Angebot nächsten Freitag!

Eine zuverlässige Auskunft

geben Ihnen
unsere Fenster!

3878

Sie finden dort nur einen Preis, und der ist billig.
Unsere Preise sind so gestellt, daß sich jede Frau
schon für billiges Geld gut und elegant kleiden kann.

„Für die Hälfte“, „Bedeutend unter Preis“,
„Regulär soviel, jetzt soviel“;
dies alles machen wir nicht, trotzdem
sind wir die billigsten.

Hindrichs & Co., Johannisstr. 1, Spezial-Geschäft für
Damen - Konfektion.

Wichtiges Sonder-Angebot!

Nur dann

wenn Sie dieses **Pfingst-**

Sonder - Angebot

berücksichtigen, decken Sie Ihren Bedarf an

3877

Herren-Konfektion u. Schuhwaren

zu wirklich billigen Preisen.

Die Preise sind so herabgesetzt, daß jeder Einkauf bei mir eine Ersparnis bedeutet.

August Lütjohann, Spezial-Geschäft
für Herren-Garderoben u. Schuhwaren, Johannisstr. 1.

Konzerthaus Fünfhausen.
Heute Freitag: Großes Tanzkränzchen.
Morgen Sonnabend: Großes Tanzkränzchen.

98 69

Achtung! Zirkus Arena
gibt am Sonnabend, dem 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr
eine große Gala-Vorstellung
in der Friedrich-Franz-Halle genannt „Zum
graunen Esel“. Musik von der
Zirkus-Kapelle.
Nach der Vorstellung Großes Tanzkränzchen,
wozu freundl. einladet
(3871) Die Direktion.

Wald- und Maifest in Israelsdorf

veranstaltet vom Gemeinnützigen Verein Israelsdorf-Gotthund)
am Sonntag, dem 17. Mai.
Anmeldungen von Kindern, die den Ausmarsch mitmachen wollen
(Festtage werden festliches eingekleidet) bei H. Dieckelmann
in Israelsdorf. (9791)



Arbeiter-
Radfahrer-
Bund
Solidarität

Ortsgruppe Ratekau.

Einladung
zum

Stiftungs-Fest

verbunden mit
Bannerweihe, Korsfahrt und
BALL
am Sonntag, dem 17. Mai
in den Lokalen
Gasthof Fürst Blücher (Balk)
und
Gasthof zur Linde (W. Koch).
Anfang 2 Uhr.
Entree Herren 1 M., einj. Dame 20 M.
Die umliegenden Bundes- und
Sportvereine sind freundlichst ein-
geladen. (3892)

Das Komitee.
Allgemeiner
Deutscher Gärtner-Verein
Zweigverein Lübeck.

Einladung zur Fahnenweihe

verbunden mit
Preisstießen und sonstigen Be-
istigungen, unter gütiger Mit-
wirkung des Chorvereins Lübeck
am Sonntag, d. 17. Mai
im Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50-52.
Anfang 5 Uhr.
Eintritt 60 M., eine Dame frei.
Einj. Dame 20 M., wofür Garderobe
3850) Das Komitee

Elegante Herren-

Damen- und

Kinder-Garderobe

3874

Auch auf

Teilzahlung

in kleinen Raten!

Siegfried Ittmann

Breite Straße 33, I. Etage.

Zwei Opfer des Streikbrecheragenten Keiling.

Als die Scherfmaacher bei den Führern der Streikbrecheragenten in Berlin im vorigen Herbst streifen, trieb der berüchtigte, inzwischen zum Mörder gewordene Streikbrecheragent und Polizeigeheime Keiling auch bei diesem Streik sein Unwesen. Am 19. November, während des Streiks, begegnete dem Keiling, als er über den Venzplatz ging, einige Frauen, die ihn erkannten und sich gegenseitig die Worte zuriefen: „Da geht ja Keiling!“ Auf die Bemerkung der Frauen blieben andere Passanten stehen, um sich Keiling genauer anzusehen. Keiling drehte sich darauf um, ging auf die Leute zu und drohte: Es sollte niemand wagen, an ihn heranzukommen, er besitze Polizeigewalt. Bei diesen Worten griff er in seine Rocktasche und zog ein langes Dolchmesser hervor (sogenannter Hirschfänger), den er in drohender Weise gegen das angeammelte Publikum richtete. Einige von den streikenden Rutschern, die sich unter dem angeammelten Publikum befanden, packten auf diese Drohung hin den Keiling und entwandten ihm den Dolch. Bei diesem Vorgang war Keiling hingefallen, sonst war ihm nichts geschehen. Keiling beging aber die Unverschämtheit und denunzierte die streikenden Rutschern bei dem Staatsanwalt wegen Ueberfalls auf öffentlicher Straße und gemeinschaftlichen Straßenstraubens. Er hatte die wesentlich falsche Anschuldigung erhoben, daß ihm sein Portemonnaie mit 200 Mark Inhalt, sein Revolver nebst Waffenschein, sowie die Taschenuhr bei dem geschändeten Vorgang entwendet worden seien. Die Polizei verhaftete daraufhin auf Veranlassung des Staatsanwaltes den Keiling und den Rutschern. Derjenige Rutscher, der dem Keiling den Dolch entwendet hatte, stellte sich der Behörde von selbst, in dem Bewußtsein, daß ihm aus diesem Vorgang nichts geschehen könne; auch glaubte er, daß dann seine inhaftierten Kollegen aus der Untersuchungshaft entlassen würden. Der Staatsanwalt dachte aber anders. Der Rutscher, der sich im vollen Bewußtsein seiner Unschuld der Behörde selbst gestellt hatte, wurde in Untersuchungshaft gesteckt, und außer ihm blieb noch ein anderer von den bereits Internierten in Haft. Der Staatsanwalt maß den Angaben dieses „nützlichen“ Elements, dem gemeingefährlichen, vielfach vorbestraften Streikbrecher Keiling soviel Glauben zu, daß auf dessen Anschuldigung hin ein hochnotpeinliches Untersuchungsverfahren mit vielen Zeugenvernehmungen und sogar Verurteilungen gegen die Inhaftierten durchgeführt wurde. Die Untersuchungshaft wurde bis zu vier Wochen ausgedehnt. Am 27. Februar wurde die geführte Voruntersuchung, wegen gemeinschaftlicher Straßenstraubens pp.“ (wie es in einer Mitteilung an die Angeeschuldigten heißt) geschlossen und die Akten dem Staatsanwalt übersandt. Nachdem nun Keiling seine ruchlose Tat in Tetzen begangen hatte und durch die Gerichtsverhandlung vor der Welt geradewegig als ein gemeingefährlicher Verbrecher gebrandmarkt wurde, dessen Aussage nicht eine Spur von Glauben beizumessen ist, scheinen dem Staatsanwalt doch Bedenken zur Erhebung der Anklage gegen die Rutschern gekommen zu sein. Den Angeeschuldigten ging in diesen Tagen folgendes Schreiben zu:

Die Angeeschuldigten Sch. H. J. und Ho. werden wegen der Beschuldigung zu Berlin-Mitte am 19. November 1913 den Agenten Keiling öffentlich beleidigt und gemeinschaftlich mißhandelt zu haben, Ho. wegen der Beschuldigung am 19. November 1913 dem Keiling beleidigt und ihm fremde bewegliche Sachen in Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen zu haben und zwar auf einem öffentlichen Platze aus dem tatsächlichen Grunde mangelnden Beweises außer Verfolgung gesetzt. Den Angeeschuldigten Sch. und Ho. steht ein Anspruch auf Entschädigung wegen der erlittenen Untersuchungshaft gegen den Fiskus nicht zu.

Berlin, den 4. April (Ausgefertigt 7. April).
Königliches Landgericht I.
(Unterschriften der Richter).
Ob die Staatsanwaltschaft zu diesem Beschlusse gekommen wäre, wenn der Revolverheld Keiling mit seinem langen Strafregister noch in Polizeidienstständen und nicht im Gefängnis säße? Nach alledem, was bisher zum Schutze dieser „nützlichen Elemente“ vom Schläger Keiling durch unsere Justiz getan wurde, kann man zu der Auffassung gelangen, daß den Angeeschuldigten doch wohl der Prozeß gemacht worden wäre, wenn dem Keiling nicht das Unglück getroffen hätte, seine staatszerstörende Tätigkeit einstellen zu müssen. Zwei Unschuldige sind durch die erlittene Untersuchungshaft wirtschaftlich geschädigt worden. Trotzdem soll ihnen, die ein Opfer des Schurkenstreiks eines Keiling wurden, ein Entschädigungsanspruch an den Fiskus nicht zustehen. Darüber wird noch zu reden sein.

In der eigenen Schlinge.

Den Scharfmaacher wird es nachgerade doch etwas unheimlich zumute um die Folgen ihrer eigenen wüsten Hege. Es steigen ihnen anscheinend doch einige Bedenken auf, ob sie nicht in die Schlingen, die sie fortgesetzt dem Koalitionsrecht der Arbeiter legen, selbst geraten könnten. Sie haben sich bei ihrem fortwährenden Geschrei nach Ausnahmegeetzen gegen die organisierten Arbeiter übernommen und es graut ihnen vor der Verwirklichung ihrer eigenen reaktionären Entwürfe. Und dann dieser Reichstags! Dem gar nicht recht zu trauen ist. Der für ein glattes Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter doch schließlich nicht zu haben ist, der unter Umständen ein Gesetz schaffen könnte, das die, wenn auch sehr entfernte Möglichkeit in sich bergen könnte, auch einmal gegen die Unternehmer in Anwendung zu kommen. Wozu auch schließlich neue, schärfere Gesetze für die Arbeiter? Jetzt ist täglich immer mehr zu Klagenurteilen neigende Rechtsprechung in Deutschland nicht mit aller Deutlichkeit, daß den

Scharfmaacherwünschen bei der heutigen Gesetzesgleichheit voll auf Genüge geleistet wird?

Zu dieser sehr nabeliegenden Erkenntnis ist jetzt der Verband sächsischer Industrieller gekommen. In einem hohen herausgegebenen Zirkular an seine Mitglieder, das wir auch zu Gesicht bekommen, befehrt er diese darüber, daß ein Verbot des Streikpostens nicht das A und O aller Scharfmaacherwünsche sein kann und der Reichstag, ja selbst die Reichsregierung für die Scharfmaacherforderungen gar nicht so zu haben sind, wie es von jener Seite gewünscht wird. So wird mit einer gewissen Resignation in dem Zirkular gesagt:

„Unter diesen Umständen kann es nur als höchst bedauerlich bezeichnet werden, wenn unter den Industriellen noch immer die Hoffnung genährt wird, daß es lediglich eines Streikpostensverbots bedürfte, um den gegenwärtig bestehenden Mißständen ein Ende zu bereiten und als ob Streikpostengefährdung und ausreichender Arbeitswilligenzueignung ein und dasselbe wäre. Es wird dabei leider nicht auf die Tatsache hingewiesen, daß die Reichsregierung mehrere Male erklärt hat, daß sie ein solches Gesetz nicht einbringen werde, daß der Reichstag bereits dreimal über eine Resolution, welche das Streikpostengefährdung, abgestimmt hat und daß die Mehrheit, die sich gegen diese Resolution gewendet hat, bei jeder dieser Abstimmungen gewachsen ist.“

Wer daher heute die Industrie auf den Weg verweist, durch Forderung eines besonderen Streikpostengesetzes den für die Industrie notwendigen Schutz zu erreichen, der gibt ihr in Wirklichkeit nichts weiter als theoretische Ratsschläge statt praktischer Hilfe! Der Verband sächsischer Industrieller hat es für seine Pflicht gehalten, praktische Arbeit zu leisten und sich nicht damit zu begnügen, Gesetze zu fordern, von denen von vornherein feststeht, daß sie gegenwärtig und für absehbare Zeit nicht durchzuführen sind.

Nach diesem Rekanntnis über den erschütterten Glauben an eine baldige reaktionäre Gesetzgebung kommt dann aber die Befürchtung, in die eigene Schlinge zu geraten, wie folgt zum Ausdruck:

„Es muß ferner darauf hingewiesen werden, daß ein Verbot des Streikpostens nicht einfach in der Form dieses Wortlautes als Gesetz denkbar ist, sondern doch nur paritätisch in der Form durchgeführt werden könnte, wie es seiner Zeit der Zentralverband Deutscher Industrieller vorge schlagen hat, wonach sich derjenige einer gefährlichen Drohung schuldig machen sollte, der es unternimmt, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitsstätten, Wege, Straßen, Plätze, Häfen, Bahnhöfe, Wasserstraßen oder sonstige Verkehrsanlagen planmäßig zu überfallen. Mit vollem Recht ist demgegenüber von Seiten großer Arbeitgeberverbände darauf hingewiesen worden, daß eine solche Bestimmung auch die Aussperrung der Unternehmer, das Herausenden von Listen und alle derartigen Hilfsmittel der Arbeitgeber in Kämpfen mit den Gewerkschaften unmöglich machen würde. Ebenso ist von Seiten der verarbeiteten kartellierten Industrie betont worden, daß verschiedene Bestimmungen, die sich gegen den Zwang und Terrorismus der Arbeiter richten, sinngemäß auch auf die Organisationen der Arbeitgeber Anwendung finden würden und die Möglichkeit des Zusammenschlusses in Fällen von Krisen außerordentlich erschweren könnten.“

Und diese Befürchtung stützen sie noch mit einem Zitat aus einer Rede des konservativen sächsischen Landtagsabgeordneten Dr. Böhme, der im Landtag gesagt hat, daß sich die Unternehmer auch Verträge zuschulden kommen lassen, daß die schwarzen Listen, die Materialsperrung, die Kundensperre usw. ein Mißbrauch des Koalitionsrechtes sei. Deshalb — so heißt es im Zirkular — müßten die Unternehmer vor der Entscheidung es sich genau überlegen, ob die Nachteile, welche die mit einem solchen Gesetze untrennbar verknüpfte Aufhebung der Tätigkeit der Unternehmerverbände mit sich bringe für die Unternehmer nicht schwerwiegender sein würden, als der Nutzen, der aus einem solchen Gesetze herauskommen soll.

Der Verband der sächsischen Industriellen sagt deshalb in dem Zirkular, daß neben der Unterstützung der nationalen Arbeiterorganisationen nur noch der Weg übrig bleibe, durch energische Anwendung der bestehenden Gesetzesbestimmungen, durch Ausbildung besonderer Beamten dem Unwesen des Streikpostens wirksam entgegen zu treten und somit den Unternehmern einen praktischen Schutz zu gewähren, der ihnen durch die ausichtslose und für sie selbst bedenkliche Forderung eines besonderen Streikpostens nicht gewährt werden kann.

Die sächsischen Industriellen sind noch lange nicht die Dummsten. Sie ziehen rechtzeitig ihren Kopf aus der eigenen Schlinge. Haben Sie nur Vertrauen zu unseren Behörden und Gerichten, meine Herren! Dort sind Ihre Interessen unter der heutigen Gesetzgebung besser gewahrt, als wenn sich diese gemische Gesellschaft, dieser Reichstag, mit den von Ihnen gewünschten neuen Ausnahmegeetzen befassen soll. Regierung, Polizei und Gerichte arbeiten ja für Sie, meine Herren!

Aus der Partei.

Daniel De Leon gestorben. Aus Newyork kommt die Nachricht, daß Daniel De Leon, der Führer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten von Amerika, Dienstag nacht verstorben ist. Er vertrat die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die eine Abspaltung von der Sozialdemokratischen Partei darstellt, im Internationalen Sozialistischen Bureau. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei ist nur von geringer Bedeutung in der amerikanischen sozialistischen Arbeiterbewegung, und ihre Veruche, den merikanischen Gewerkschaften sozialistische Gegenorganisationen entgegenzustellen, sind ohne Erfolg geblieben, weshalb diese Taktik auch von der Mehrheit der amerikanischen Sozialisten verworfen wird.

Ein Gegenstand zum Fall Stoeker. Unter Hinweis auf ein falsches Zitat aus dem Protokoll der Jugendkonferenz im Jahre 1907 hatte der Kriegsminister im Reichstags zum Fall Stoeker erklärt, daß niemand das Recht zum Einjährigendienst in Anspruch nehmen könne, der die Grundlagen der Armee zu zerstören suche. Stoeker habe das im besonderen Maße getan. — Demgegenüber sei an einen Fall erinnert, bei dem ein sozialdemokratischer Redakteur sogar wegen Beleidigung des Offizierskorps fünf Monate Gefängnis absitzen mußte, trotzdem zum einjährig-freiwilligen Dienst zugelassen und später befördert wurde. Es handelt sich um den Genossen Josef D., der im Jahre 1896 als Redakteur der „Mannheimer Volksstimme“ unter der Überschrift „Brüderliches“ über Zusammenstöße zwischen Offizieren und Bürgern in Mülhausen i. E. berichtete und des-

halb im April 1897 vor der Mülhausener Strafkammer zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurde; der Staatsanwalt hat sogar neun Monate Gefängnis beantragt. D. wurde noch im Gerichtsaal verhaftet. Während seiner Gefängnishaft stellte er sich zum einjährig-freiwilligen Dienst, und der Polizeikommissar des badischen Bezirksausschusses Mannheim stellte ihm am 31. Mai ein Zeugniszeugnis aus, in dem gesagt wird:

„wird zum Zwecke des Eintritts als Einjährig-freiwilliger bezeugt, daß er sich vom 29. Mai 1891 bis 21. Juli 1892 und vom 3. September 1893 bis zum 24. April ds. Js. in hiesiger Stadt aufgehalten hat und während dieser Zeit wie folgt bestraft wurde: Im Laufe des Frühjahrs ds. Js. wegen Nichtnennung eines Gewährsmannes in einem Zeugniszwangsverfahren, einen Artikel in der Volksstimme betreffend“ vom großherzoglichen Untersuchungsrichter, hier, mit 100 Mk., ferner durch Urteil der Strafkammer Mülhausen am 24. April wegen Beleidigung durch die Presse mit fünf Monaten Gefängnis, sonst aber nichts Nachteiliges gegen denselben hier bekannt geworden ist.“

D. wurde am 30. September 1897 aus dem Gefängnis entlassen; schon am nächsten Tage, am 1. Oktober 1897, wurde er für würdig erachtet, den Soldatenkurs als Einjährig-freiwilliger anzuziehen, und er diente sein Jahr beim zweiten badischen Grenadier-Regiment ab. Hier wurde er auch zum Unteroffizier befördert, und das Führungsbüchlein spendete ihm Lob für sein tadelloses dienstliches Verhalten. Man sieht, zu welchen grotesken Ungerechtigkeiten der preußisch-deutsche Militarismus aus Furcht vor dem steigenden Einfluß der Sozialdemokratie und in der Erkenntnis seiner wachsenden inneren Schwäche getrieben wird. Vor 16 Jahren konnte ein sozialdemokratischer Redakteur sofort nach dem Verlassen des Gefängnisses seinen Dienst als Einjährig-freiwilliger antreten — heute spricht man einem zweiundzwanzigjährigen, niemals bestraften jungen Menschen die „moralische Qualifikation“ zum einjährigen Dienst ab.

Die Berufstellung der sozialdemokratischen Kammermitglieder in Frankreich. Von den bei den letzten französischen Kammerwahlen gewählten Sozialdemokraten sind 56 Arbeiter und Angestellte, 5 Kleinbauern und kleine Weinbauern, 6 Lehrer, 6 Mediziner und Apotheker, 4 Kaufleute, 9 gehören dem höheren Lehrfach an, 6 sind Rechtsanwälte, 1 ist Rechtsanwalt und Journalist, 1 Ingenieur und 9 sind Journalisten. Es sind somit in der sozialistischen Kammerfraktion alle Berufsstände vertreten; der überwiegende Teil aber gehört zum Proletariat.

Bist Du eine der Unserigen? Ein Mahnwort an die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes von Luise Ziegl. Von dieser kleinen frisch geschriebenen Agitationsbroschüre ist eine neue Auflage erschienen, die in einigen Punkten ergänzt wurde. Die Broschüre hat einen guten propagandistischen Wert und es ist ihr zu wünschen, daß auch die zweite Auflage eine weite Verbreitung findet. Der Einzelpreis ist 10 Pf. Organisationen erhalten bei Abnahme größerer Partien erheblich ermäßigte Preise vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. Berlin SW. 68.

Aus der Jugendbewegung.

Fortbildungsschüler müssen politische Hefen kaufen. So entschied das Landgericht Halle am Freitag in der mehrfach erörterten Angelegenheit der Einführung des politischen Hefen. Wir sind Deutschlands Jugend“ in der Fortbildungsschulen des Regierungsbezirks Merseburg. Einige Fortbildungsschüler in Schkeuditz, die im richtigen Empfinden das auf Veranlassung des Regierungspräsidenten von Gersdorff als offizielles Lernmittel eingeführte politische Hefepapier zurückgewiesen und die Bezahlung abgelehnt hatten, wurden mit Geldstrafen von je 3 Mark belegt. Das Schöffengericht bestätigte ganz unbegreiflicherweise die Strafmandate mit der Begründung, daß sie im Interesse der Ordnung nötig seien. Eine Prüfung des Blättchens auf seine Eigenschaft als Lernmittel lehnte das Schöffengericht ab, doch wurde die so dringend notwendige Untersuchung infolge der vom Rechtsanwalt Heine-Berlin eingeleiteten Berufung vom Landgericht Halle so gründlich nachgeholt, daß sämtliche Angeklagte glatt freigesprochen wurden. Die Strafkammer stellte fest, daß das in Frage stehende Blatt auch Aufsätze politischen Inhalts enthalte und schon deshalb — ganz abgesehen davon, daß der Lehrer den Inhalt eines Lernmittels vorher kennen müsse — nicht als Lernmittel gelten könne. Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision hob das Kammergericht das freisprechende Urteil der Strafkammer auf und verwies die Sache zur nochmaligen Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Die Prüfung, ob etwas, das als Lernmittel eingeführt sei, auch ein solches darstelle, sei keine Tatsfrage, sondern eine Rechtsfrage. Es sei nicht unbedingt nötig, daß der Lehrer vorher den Inhalt des Lernmittels kenne. Damit war für die Strafkammer, die in der ersten Verhandlung durchaus richtige Ansichten vertrat, die Stellungnahme gegeben. Sie gehörte dem Wink des Kammergerichts und lehnte alle Beweisankträge der Verteidigung, die darauf hingingen, den pädagogischen Unwert der Zeitschrift zu beweisen, ab und verzichtete auch auf die nochmalige Vernehmung des Leipziger Universitätsprofessors Dr. Barth als Zeugen und Sachverständigen darüber, daß ihm keine Zeitschrift bekannt sei, die in solch gefährlicher, einseitig politischer Weise gegen bestimmte Volksschichten vorgehe. Das Urteil des Schöffengerichts wurde bestätigt mit der Maßgabe, daß die Strafe von je 3 Mk. auf den Mindestsatz von je 1 Mk. herabgesetzt wurde, weil es sich um eine grundsätzliche Entscheidung handelte. Diefelbe Strafkammer, die in der ersten Verhandlung unzweideutig erklärte, daß die Zeitschrift kein Lernmittel sei und Bestrafung demnach nicht eintreten könne, lehnte es jetzt gleichfalls ab, nachzuprüfen, ob es sich um ein Lernmittel handle. Für die Pflicht zur Beschaffung derselben genüge, daß ihre Einführung vom Lehrkörper angeordnet sei. Das Urteil kennzeichnet mit gewünschter Klarheit unsere herrlichen preußisch-deutschen Rechtszustände. In demselben Augenblick, wo allenthalben völlig unpolitische, lediglich Bildungszwecken dienende Jugendversammlungen mit brutaler Polizeigewalt als „politisch“ auseinandergeprengt werden, erklärt ein preußisches Gericht eine pädagogisch völlig wertlose, ausgesprochen politische Zeitschrift als Lernmittel in den Fortbildungsschulen, womit die jetzt schon in Blüte stehende mordspatriotische Verhegung in ein System gebracht wird.

Aus dem Gerichtssaal

Rekrutenaufstellungen beim Garde-Kürassier-Regiment. Vor dem Oberkriegsgericht des Gardekorps fand am 12. Mai ein Prozess wegen Mißhandlung von Rekruten gegen den Gefreiten Kreichenbrink und den Kürassier Luckow von der 4. Schwadron des Garde-Kürassier-Regiments statt. Obwohl es bei den Garde-Kürassieren den allen Mannschaften verboten ist, die Stuben von Rekruten, soweit sie nicht selbst darin untergebracht sind, zu betreten, drangen die beiden Angeklagten, als sie spät in der Nacht ungehört zurückkehrten, in die Stuben der Rekruten ein und verübten hier schwere Mißhandlungen. Durch laute Musik wurden die Leute aus dem Schlaf geweckt, und mit ungehobener Gewalt gingen die Angeklagten an die Peiter heran und trieben die Rekrutenheraus. Sie mußten sich an den Spindern aufstellen. Einem der Rekruten wurde befohlen, im Hemd auf sein Spind zu klettern, oben behandeln mußte er dann laut das Lied „Tom Dummel hoch da komm ich her“ singen. Ein anderer Rekrut erhielt nicht weniger als sieben Gegenhiebe über den Oberarm, die Schulter und das Gesicht. Zwei Rekruten mußten wegen der erlittenen Mißhandlungen mehrere Tage in Revierbehandlung bleiben. Die Angeklagten gaben im großen und ganzen die ihnen zur Last gelegten Straftaten zu, erklärten jedoch, sie seien so betrunken gewesen, daß sie nicht wüßten, was sie taten. Kriegsgerichtlich war

er zu vier Wochen und L. zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Hingegen hatte jedoch der Vorsitzende Verurteilung eingelegt, weil er die Strafen für zu milde hielt. Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Schönebeck, führt aus, daß man gewissermaßen einen Kampf gegen Windmühlen kämpfe. Alle Befehle, alle Verordnungen von oben herunter rücken nicht. Das einzige Mittel sei und bleibe, daß die alten Leute, die sich solcher Mißhandlungen schuldig machen, hart angefaßt und daß die anderen Mannschaften dadurch abgeschreckt würden. Das Oberkriegsgericht erhob das Strafmaß bei dem Angeklagten Kreichenbrink auf sechs Wochen und bei Luckow auf drei Monate Gefängnis. Die Angeklagten und so sorgsam gehütete militärische Disziplin verfaßt also bei dem „alten Leuten“ vollständig, sobald die Beaufsichtigung durch die Vorgesetzten fehlt.

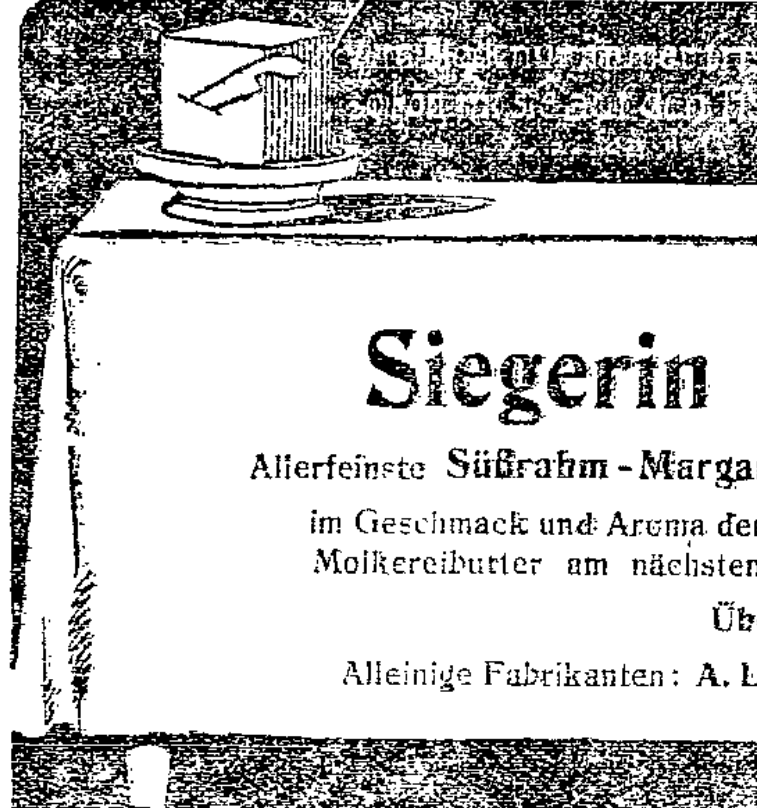
Keinliche Vorarbeiten. In Bochum hielt vor einiger Zeit der politische Strafvorstand eine Versammlung ab, zu der nur Mitglieder Zutritt hatten. Mitten in der Beratung erschienen die Kriminalbeamten Gerlich und Witzke in Begleitung eines Exekutivbeamten und verlangten Einlaß, der ihnen mit der Begründung, daß die Versammlung geschlossen sei, verweigert wurde. Gerlich ließ die Saalktür mit einem Beil aufbrechen. Die Kriminalbeamten eilten mit Revolvern in der Hand. Die Saalktür auf dem noch mit einem Beil — auf den Vorsitzenden Kubial zu, während die übrigen Polizeibeamten

den Saal „säuberten“. Der „Winnig Holsti“ hatte über diese Vorgänge berichtet und behauptet, daß die Kriminalbeamten dem Vorsitzenden den Revolver auf die Brust gesetzt hätten. Der Redakteur des „Winnig Holsti“, Kruca, hatte sich deshalb wegen Verleumdung der Kriminalpolizei vor der Strafkammer in Bochum zu verantworten. In der Verhandlung bestritten die Kriminalbeamten, daß sie dem Vorsitzenden Kubial den Revolver auf die Brust gesetzt hätten. Es traten aber 17 Zeugen auf, die bezeugten, daß die Kriminalbeamten den Kubial mit vorgehaltenem Revolver vernommen hätten. Kubial erklärte, er habe sogar einen Stoß gegen die Brust gespürt. Als die Beamten gewalttätig mit dem Beil die Saalktür aufbrachen, entstand in der Versammlung heftige Erregung, die sich aber sofort wieder legte, als der Vorsitzende zur Ruhe mahnte. Das Gericht kam zur Freisprechung des Kruca. Die Beamten hätten wohl in der Erregung unwillkürlich die Hand emporgehoben, was von der Versammlung als ein Vorzeichen der Waffe gedeutet werden konnte. Der Vorsitzende Kubial war schon in einem früheren Verfahren von der Anklage des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz freigesprochen worden, weil der öffentliche Charakter der Versammlung sich nicht habe feststellen lassen. — Es ist also ziemlich klar, daß die Polizeibeamten ungeheures Licht vorgegangen sind, als sie den Eintritt in die geschlossene Versammlung gewalttätig bewerkstelligten. Der „Rechtswart“ Brauns hat das aber ganz in der Ordnung, denn dem Beamten geschähe nichts!

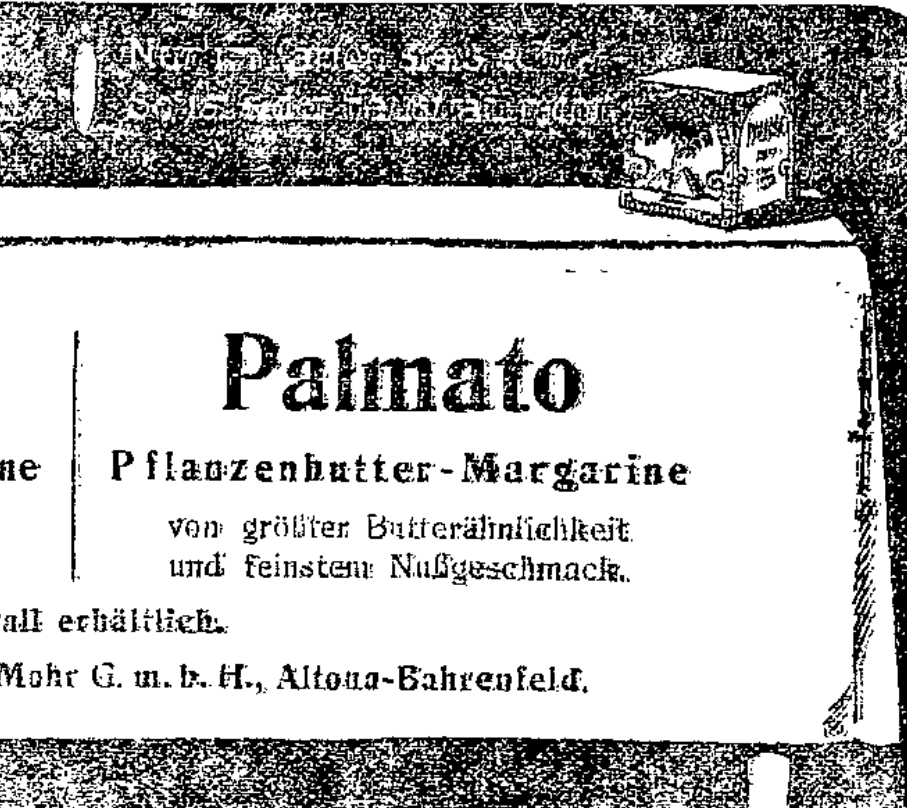
Beste Bezugsquelle für Brautleute!

Auf Kredit	Auf Kredit	Auf Kredit
Anzüge für Herren, Burschen und Kinder Anzahlung von 5 Mk. an.	Möbel: 1 Sofa 1 Vertiko 1 Sofatisch 4 Stühle 1 Teppich 1 Trümmerspiegel Anzahlung 25 Mk.	Möbel: 1 Bettstelle 1 Matratze 1 Schrank 1 Waschtisch 2 Stühle Anzahlung 15 Mk.
Gläser, Kostüme und Kinderschuhe von 5 Mk. Anz. an.	Kinderswagen von 5 Mk. Anz. an.	Federbetten von 5 Mk. Anz. an.

H. Kesten
Holstenstr. 17 Erste Etage
Ungezierter Seiteneingang.



Siegerin
Alierfeinste Süßrahm-Margarine
im Geschmack und Aroma der
Molkereibutter am nächsten.
Überall erhältlich.
Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr G. m. b. H., Altoua-Bahrenfeld.



Palmato
Pflanzenbutter-Margarine
von größter Butterähnlichkeit
und feinstem Nußgeschmack.
Überall erhältlich.
Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr G. m. b. H., Altoua-Bahrenfeld.

Meine Spezialität,
die schönsten
die grösste Auswahl
die besten Qualitäten
in (3744)

95-Pfennig-Krawatten
finden Sie bei

Aug. Janensch
Sandstrasse 6.

Rehm
Beckergrube 20
Fernruf 2037.

Hochaparte Neuheiten
Große Auswahl! Billigste Preise!

Reste! Keine Ladenhüter! per Rolle von
Nur neue Muster! **10 Pfg. an.**

Sehr empfehlenswerte Margarine, Pfund 70^o

Paradeis, gerührt . . . Pfd. 40 ^o	Schinken à Stück . . . Pfd. 115 ^o
Pflanzlich . . . Pfd. 40 ^o	Speck . . . Pfd. 90 ^o
Weisse Ringel . . . Pfd. 55 ^o	Schländer Käse . . . Pfd. 90 ^o
Wärsche . . . Pfd. 44 ^o	Schweizer Käse . . . Pfd. 90 ^o
Rehrainen . . . Pfd. 70 ^o	Zister Käse à St. Pfd. 60 ^o
Brennellen . . . Pfd. 85 ^o	Wiesbiller . . . Pfd. 60 ^o
Krisofen . . . Pfd. 80 ^o	Zister Käse . . . Pfd. 40 ^o
Siebieren . . . Pfd. 75 ^o	Hollsteiner Käse . . . Pfd. 25 ^o
Kirschen . . . Pfd. 55 ^o	Witer Käse . . . Pfd. 20 ^o
Streu mit Schale Pfd. 30 ^o	Wiesb. Schmalz . . . Pfd. 70 ^o
Reuen o. Schale Pfd. 50 ^o	Reizweibutter . . . Pfd. 115 ^o
Koszen, kleine . . . Pfd. 48 ^o	Pflanzfett . . . Pfd. 65 ^o
Koszen, große . . . Pfd. 44 ^o	Emmentaler . . . 2 Pfd. 15 ^o
Koszen . . . Pfd. 35 ^o	10 Eier . . . 60 ^o
Apfelwein . . . Flasche 35 ^o	Reizweibutter . . . Flasche 48 ^o

Eduard Speck, Hürstraße 80 u. 82.

Ausnahmeweise billig! **28 Markthalle 28.**

Jung Rindfleisch 50^o Calasch . . . 70^o frisch Gehacktes 70^o
Schweinefleisch 50^o Bratenstücke . . . 60^o Karbonade 80^o
3866 Hurra! Ziegenfleisch wird in die Wurst gestopft!

Bebel-Büsten
Modelliert von
Bildhauer Obst, Charlottenburg.
Stück 2.50 Mk.

Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

LUPA

hochfeine
2 Pfg.
Cigarette

Specialmarken:
Salem Aleikum
Salem Gold

Echt mit Form:
Orient Tabak- u. Cigarettenfabrik
Yenidze, Inhaber Hugo Zietz, Dresden

Trustfrei!

(1807)



Mk. 7.75 Mk. 9.50
Mk. 10.50 Mk. 12.50

Friedr. Raurenteind
Mühlenstr. 34. Fernspr. 1365.

Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Artikel**

Kaufen Sie billig und recht bei
Markt Otto Albers **10.**

1. 3 kompl. Betten u. 12 50 Pfd. an.
2. Bettfedern per Pfd. u. 45 Pfd. à 4 Pfd.
3. Beste Laken-Marken.

Verantwortlicher Redakteur: Josef
Eichling, Berliner 24. Schwarz.
Druck: Friedr. Meyer & Co.
Samsing in Albed.